



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Innere Sicherheit

Debatten über Grenzkontrollen, Migration und Terrorabwehr

Auf der Reise
Landtag trifft
europäische Partner

Auf hoher See
Butterfahrten:
1996 droht das Aus

Auf der Hut
Altenparlament gegen
„Zwangs-Digitalisierung“

03 Meldungen

Europa

05 Ostseeparlamentarierkonferenz, Friesengremium

06 Parlamentsforum Südliche Ostsee, Bildungsausschuss in Frankreich

07 Besuche in Malmö, Kopenhagen und Rotterdam



Abgeordnete mit der Europaflagge: Im Sommer gab es zahlreiche grenzüberschreitende Kontakte.

Innere Sicherheit

08 Aussprache zur Regierungserklärung

09 Debatten über Migration und Grenzkontrollen

10 Abschiebung von Straftätern, Ausschuss befragt Ex-Staatssekretärin

11 Drohnen über Industrierevier Brunsbüttel

Ausschüsse

12 Rückbau des AKW Brokdorf

13 Günstiges Deutschlandticket für Senioren?

14 Ausweitung der Arbeitszeit bleibt umstritten

15 Die Seite für das Ehrenamt

16 Rückblick 1996: Landtag stemmt sich gegen das Aus für Butterfahrten



Der steuerfreie Einkauf auf Ausflugsdampfern war jahrzehntelang äußerst beliebt.

Sport

18 Experten über Sport als Wirtschaftsfaktor

19 Gegen Modellprojekt für Pyrotechnik im Stadion

20 Anforderungen bei Bundesjugendspielen

21 **Plenum:** Erste-Hilfe-Kurse in der Schule, Bekenntnis zum Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk, Diskussion über Antidiskriminierungsklausel, Post Covid, Engpässe am UKSH, Veteranentag

25 **Personalien**

26 **Altenparlament:** Forderung nach analoger Teilhabe, Zukunftsforscher Reinhardt plädiert für Optimismus



Auch dieses Jahr traten 80 engagierte Senioren in den Dialog mit der Politik.

28 **Meldungen**

29 **Bücher:** Geschichte der dpa, NS-Zeit in Rendsburg, Heavy Metal, Impressum

30 **Im Porträt:** Wiebke Zweig (CDU), Birte Glißmann (CDU)

31 **Ins Bild gerückt:** Zu Besuch im Landeshaus

32 Termine, Termine, Termine



Der Schnappschuss

Ende Juli war das Landtagsmobil zu Gast in der Kinderstadt „Stormini“ in Mollhagen (Kreis Stormarn). In dem einwöchigen Planspiel bekommen Kinder zwischen neun und 13 Jahren einen Einblick in das gesellschaftliche Leben. Auch Wahlen zum Amt des Bürgermeisters standen an – mit entsprechender Wahlwerbung.

Weitere Termine des Landtagsmobils auf Seite 32

ZÄHLBARES

16

So viele Grenzübergänge gibt es an der 67 Kilometer langen Landgrenze zu Dänemark. Seit Mitte September und bis 15. März werden Reisende dort stichprobenartig kontrolliert.

Mehr auf Seite 9

Wortwörtlich

„Sieben Landtagswahlen, 1.016 mal ‚Aufruf Heinold‘ laut Landtagsprotokoll. 28 Jahre Landespolitik. Ministerin in drei verschiedenen Koalitionen. Es war 1996, als ich anfang – ohne Handy und ohne Mail-Account. In den Ausschüssen wurde geraucht. Der Plenarsaal war dunkel, die Kleiderordnung konservativ. Und da kam ich: jung, weiblich, grün. Nichtraucherin. Das Parlament musste sich erst an uns Grüne gewöhnen. Das ganze Land tanzte ‚Macarena‘, und auch ich wollte Bewegung in die Politik bringen. (...) Ich hatte das große Glück, 28 Jahre lang mitgestalten zu dürfen – als Erzieherin, als Mutter, als Grüne, als Abgeordnete, als Ministerin, als stellvertretende Ministerpräsidentin, aber auch als Mensch. Ich habe in mancher Woche so viel erlebt, dass es für ein Jahr gereicht hätte, und dennoch bin ich jeden Tag erneut gern hierher gegangen – ins Plenum, später ins Ministerium, weil ich diesen Job aus Überzeugung und aus Leidenschaft gemacht habe. (...) Für mich ist jetzt genau der richtige Zeitpunkt, selbstbestimmt Tschüss zu sagen, und es fühlt sich verdammt gut an.“

(**Monika Heinold, Grüne, langjährige Finanzministerin**)

...

„Monika Heinold hat als Kommunalpolitikerin, Landtagsabgeordnete, Finanzministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin mehr als drei Jahrzehnte die Politik in Schleswig-Holstein mitgestaltet und mitgeprägt. Dafür gebührt ihr unser aller Dank und Respekt sowie unsere höchste Anerkennung. Ich habe Monika Heinold immer als engagierte, zugewandte und verlässliche Politikerin, Kollegin und Gesprächspartnerin erlebt. Deshalb berührt mich ihr Ausscheiden auch ganz persönlich. Ich danke Monika Heinold, auch im Namen aller Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, für ihr Engagement für unser Land und wünsche ihr für ihren Lebensweg nach der Politik alles erdenklich Gute!“

(**Landtagspräsidentin Kristina Herbst**)

Am 19. Juli hat sich die langjährige Grünen-Abgeordnete und Finanzministerin Monika Heinold im Landtag verabschiedet. Heinold hat sich zum



31. Juli aus der aktiven Politik zurückgezogen und angekündigt, sich ins Privatleben zurückzuziehen. Vertreter aller Fraktionen zollten Respekt für Heinolds Lebensleistung. Die gelernte Erzieherin war von 1996 bis 2012 Abgeordnete, seitdem gehörte sie der Landesregierung als Finanzministerin an.

Ein Bericht über eine der ersten Debatten, in der Monika Heinold als Abgeordnete das Wort ergriffen hat, steht auf den Seiten 16 und 17.

Finanzministerin Schneider legte Amtseid ab

Zu Beginn der September-Tagung hat Finanzministerin Silke Schneider vor dem Landtag den Amtseid abgelegt. Die Grünen-Politikerin hatte zum 1. August die langjährige Ressortchefin Monika Heinold abgelöst (siehe Zitate rechts). Die Juristin Schneider war zuvor Präsidentin des Landgerichts Lübeck gewesen und gehörte auch dem Landesverfassungsgericht an. Von 2014 bis 2020 war sie Staatssekretärin, zunächst im Umweltministerium und ab 2017 im Finanzministerium.



SPD und FDP klagen in Schleswig gegen Haushalt 2024

Die Fraktionen von SPD und FDP haben gegen den teilweise mit Notkrediten finanzierten Landeshaushalt für 2024 einen Antrag auf Normenkontrolle vor dem Landesverfassungsgericht eingelegt. Als Verfahrensbevollmächtigten haben die beiden Oppositionsfraktionen den Bielefelder Rechtswissenschaftler Simon Kempny aufgeboten.

Der Landtag hatte im März den Haushalt mit den Stimmen von Schwarz-Grün und SSW verabschiedet. Ausgaben in Höhe von knapp 18 Milliarden Euro finanziert das Land unter anderem mit

drei Notkrediten in Höhe von 1,5 Milliarden Euro: einem Corona-Kredit über 573 Millionen, einem Ukraine-Kredit über 798 Millionen sowie einer Schuldenaufnahme von 154 Millionen Euro zur Linderung der Folgen der Ostseesturmflut vom vergangenen Oktober. SPD und FDP bezweifeln, dass Corona und auch die Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine, etwa teureres Öl und Gas, im Jahr 2024 noch eine Rolle spielen. CDU, Grüne und SSW sind weiterhin überzeugt, dass der Haushalt verfassungskonform ist. Sie haben Ende September einen Landtagsbeschluss herbeigeführt, wonach „der Antrag zurückzuweisen ist“.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Der Landtag“ erscheint ab dieser Ausgabe in einem neuen Format – DIN A4 ersetzt das bisherige DIN C4. Dadurch sparen wir Druckkosten, und wir reagieren auf die Hinweise mehrerer Briefträger. Die Postboten hatten angemerkt, dass das Heft im bisherigen Format nur schwer in einige Briefkästen passt. Auch mit der neuen Erscheinungsform wünschen wir eine interessante Lektüre!

Ihre Redaktion

Landtagspräsidentin Herbst empfing Mandatsträgerinnen aus dem ganzen Land

Zum zweiten Mal hat Landtagspräsidentin Kristina Herbst Ende Juni Mandatsträgerinnen aus dem ganzen Land zu einem Vernetzungstreffen ins Landeshaus geladen. Fachvorträge begleiteten den Gedankenaustausch der rund 100 kommunalpolitisch engagierten Frauen.

„Noch immer sind Frauen in politischen Ämtern unterrepräsentiert“, bemerkte Herbst in ihrer Begrüßung. Einer der Hauptgründe sei, dass sich Frauen systematischer Ausgrenzung durch männliche Netzwerke gegenübersehen. „Und deshalb muss es unser Ziel bleiben, dass sich Frauen über Parteigrenzen hinweg in politischen Ämtern besser miteinander vernetzen, Erfahrungen austauschen und aktiv werden“, so Herbst.

Die Politikwissenschaftlerin Prof. Suzanne S. Schüttemeyer stellte ihre Erkenntnisse zu der Frage dar, wie gerade junge Menschen für die Teilnahme am politischen Prozess gewonnen

werden können. Im Anschluss gab die Direktorin an der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft und Leiterin des Helene-Weber-Kollegs, Cécile Weidhofer, eine Einführung in die Ausstellung „Mütter des Grundgesetzes“, die zu dieser Zeit im Landeshaus aufgebaut war.



Vizepräsidentin Raudies als Taufpatin für Erdkabel

Landtagsvizepräsidentin Beate Raudies hat Anfang Juli in Henstedt-Ulzburg (Kreis Segeberg) ein Bohrgerät getauft, das bei dem Bau eines unterirdisch verlaufenden Abschnitts der Ostküstenleitung eingesetzt wird. „Wir im Norden sind Vorreiter bei der Produktion alternativer Energien. Aber dieser Strom muss auch in die Regionen geleitet werden, in denen er im besonderen Maße gebraucht wird“, betonte Taufpatin Raudies, bevor sie eine Sektflasche an dem Bohrer, der rund drei Meter Durchmesser aufweist, zerschellen ließ. Die Ostküstenleitung sei dazu unabdingbar. Es gelte, die Stabilisierung der Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Die Ostküstenleitung, für die der Netzbetreiber Tennet zuständig ist, gilt als eine der wichtigsten Stromtrassen im Norden. Der Bau des 50 Kilometer langen ersten Abschnitts der 380-kV-Leitung von Henstedt-Ulzburg nördlich von Hamburg bis Stockelsdorf bei Lübeck soll bis 2025 abgeschlossen sein. In Henstedt-Ulzburg und in Kisdorferwohld werden dabei Erdkabel verlegt. Bis 2027 sollen alle drei Abschnitte der insgesamt 115 Kilometer langen Ostküstenleitung bis nach Göhl (Kreis Ostholstein) südwestlich von Fehmarn fertig sein. Tennet rechnet mit Gesamtkosten von etwa 1,3 Milliarden Euro.



Wertschätzung für Hilfs- und Rettungskräfte

Gut 250 Vertreter von Bundeswehr, Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten, Technischem Hilfswerk, DLRG, Zoll und Bundesfreiwilligendienst sind Ende September der Einladung von Landtagspräsidentin Kristina Herbst nach Büdelsdorf gefolgt. Dank und Wertschätzung für die Arbeit der Einsatzkräfte standen im Mittelpunkt der Veranstaltung.



„Sie alle sind immer für uns da und machen unsere Gesellschaft sicherer und lebendiger“, sagte Landtagspräsidentin Herbst im Namen des gesamten Parlaments an die Adresse der Einsatzkräfte. Die engagierten Mitbürger seien „Vorbilder für viele insbesondere junge Menschen“. Hauptthema des Abends war das Ostsee-Hochwasser im Oktober vergangenen Jahres. In einer Talk-Runde schilderten Teilnehmer die besonderen Herausforderungen, denen die Einsatzkräfte bei ihren Einsätzen ausgesetzt waren, und berichteten vom Leichtsinn einiger Menschen, die die Gefahren der Sturmnacht offensichtlich unterschätzt hatten. In einem Punkt waren sich die Talk-Gäste einig: Die Zusammenarbeit der verschiedenen Kräfte habe trotz aller Herausforderungen hervorragend funktioniert.

Ostseeparlamentarierkonferenz

Zusammenhalt in schwierigen Zeiten

Vertiefte Zusammenarbeit im Ostseeraum und Solidarität mit der Ukraine: Diese Punkte waren Ende August ein zentrales Ergebnis der Ostseeparlamentarierkonferenz im dänischen Helsingør. Vizepräsidentin Eka von Kalben sowie die Abgeordneten Rasmus Vöge (CDU) und Marc Timmer (SPD) vertraten den Schleswig-Holsteinischen Landtag.

Die Abschlussresolution betont die Notwendigkeit einer noch stärkeren Gemeinsamkeit zwischen den demokratischen Ostsee-Anrainerstaaten. Sie bekräftigt die Unterstützung für die Ukraine, verurteilt die russische Invasion und fordert verstärkte Anstrengungen in

den Bereichen Sicherheit, Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung. Zudem wird die Bedeutung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten unterstrichen, ebenso wie der Klimaschutz und die digitale Zusammenarbeit. „Wir sind aufgefordert, weiter für

die Unterstützung der Ukraine in unseren Parlamenten zu werben, weil wir nur in Sicherheit leben können, wenn unsere Nachbarn in Sicherheit leben können“, sagte Vizepräsidentin von Kalben. Insbesondere die eindringlichen Worte der Länder, die eine direkte Grenze zu Russland haben, seien bewegend gewesen.

Neben der inhaltlichen Arbeit stand ein Empfang des dänischen Folketings auf Schloss Kronborg in Helsingør auf dem Programm. Dort empfing König Frederik X. von Dänemark ausgewählte Konferenzteilnehmer, darunter Landtagsvizepräsidentin von Kalben. In der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) sind etwa 20 nationale und regionale Parlamente vertreten. Russische Teilnehmer wurden nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine im Jahr 2022 ausgeschlossen. Schleswig-Holstein hat in Helsingør die Vizepräsidentschaft der BSPC übernommen, 2025/26 wird das Land die Präsidentschaft innehaben. Die Jahreskonferenz wird dann in Schleswig-Holstein stattfinden.



Vertreter aus Schleswig-Holstein in Helsingør (v.re.): Jan Diedrichsen (Leiter der Vertretung des Landtages bei der EU in Brüssel), Eka von Kalben (Landtagsvizepräsidentin), Rasmus Vöge (MdB), Marc Timmer (MdB), Gyde Jensen (MdB), Petra Nicolaisen (MdB), Elias A. (Vertreter Jugendforum)

Friesen wollen gemeinsam ihre Sprachen schützen

Nord-, Ost- und Westfriesen wollen gemeinsam gegen das europäische Markenrecht zu Felde ziehen. Das ist ein Ergebnis der Sitzung des Friesengremiums Anfang Juli in Risum-Lindholm. Die Minderheitenvertreter von der schleswig-holsteinischen Westküste, von der niedersächsischen Nordseeküste und aus den Niederlanden wehren sich dagegen, dass Wörter aus Minderheitensprachen beim EU-Amt für geistiges Eigentum als geschützte Marke eingetragen werden können. Die Friesen befürchten einen Ausverkauf ihrer Sprache zu kommerziellen Zwecken – und dass sie selbst die Begriffe nicht mehr verwenden dürfen.

Anlass der Sorge: Ein Weingut aus den USA hat sich die Markenrechte an dem Wort „Öömrang“ gesichert, dem friesischen Adjektiv für die Insel Amrum. Deswegen darf ein Gin-Hersteller von der nordfriesischen Insel sein Getränk nicht mehr unter diesem Namen vermarkten. Das deutsche und auch das europäische Markenrecht schützen zwar geografische Angaben vor der Vereinnahmung – aber nur auf Hochdeutsch. Dialektwörter und Ortsnamen aus Minderheitensprachen können hingegen als kommerzielle Marke angemeldet werden.

Der Gin-Streit tobt seit 2017. Der Minderheitenbeauftragte der Landesregierung, Johannes Callsen, hat sich seitdem bei

verschiedenen Stellen für das Friesische eingesetzt: Neben dem deutschen und dem europäischen Patentamt wandte er sich an die EU-Kommission, an verschiedene Abgeordnete des Europäischen Parlaments und an den Hochkommissar für Minderheiten der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Bislang blieben die Initiativen jedoch ohne Ergebnis. Nun wollen die Sprachhüter aus den drei friesischen Ländern gemeinsam aktiv werden.

Im Friesengremium kommen Vertreter friesischer Organisationen zwei Mal im Jahr mit Abgeordneten aus Bund und Land sowie mit Regierungsvertretern zusammen. Den Vorsitz hat Landtagspräsidentin Kristina Herbst.

Parlamentsforum fordert Sicherheitskonzept für den Ostseeraum

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO) hat die EU-Institutionen und die nationalen Regierungen aufgerufen, entschlossene Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit im Ostseeraum zu ergreifen. Diese Forderung ist Kernstück einer Resolution, die die Parlamentarier aus Deutschland, Polen und Schweden Mitte September in Glücksburg beschlossen haben.

Konkret unterstreicht das PSO die Bedeutung militärischer Präsenz zur Abschreckung und zur Verteidigung im Angriffsfall. Auch der Schutz der Bevölkerung im Katastrophenfall, der Schutz kritischer Infrastrukturen, die Abwehr von Desinformationskampagnen, die Stärkung von Demokratie

und Rechtsstaatlichkeit sowie die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität sind demnach von zentraler Bedeutung. Im Zuge seiner Aggression setzt Russland nach Auffassung der Konferenz verschiedene Instrumente mit dem Ziel ein, die Handlungsfähigkeit der europäischen Staaten und die Einheit der Europäischen Union zu schwächen und Europa insgesamt zu destabilisieren. Beispiele seien die Störungen der Energie- und Rohstoffversorgung, Sabotageakte, Cyberangriffe, die Instrumentalisierung von Migrationsbewegungen und Desinformationskampagnen.

Landtagspräsidentin Kristina Herbst, Vorsitzende des diesjährigen PSO-Treffens, verurteilte den Angriffskrieg auf die Ukraine: „Russland hat nicht nur das Völkerrecht gebrochen, sondern auch grundlegende Prinzipien des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit verraten.“ Gegenüber dieser Aggression seien die Staaten Europas nur „gemeinsam stark“. Gerade im Bereich des südlichen Ostseeraums, so Herbst, sollten die gegenwärtigen Fragen mit gemeinsamen Ideen der Regionalparlamente angegangen werden. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee wurde 2004 gegründet. Ihm gehören aus Deutschland die Landtage von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie die Hamburgische Bürgerschaft an. Auf polnischer Seite zählen die regionalen Vertretungskörperschaften der Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren zu den Mitgliedern. Die südschwedische Provinz Schonen ist assoziiertes Mitglied.



Landtagspräsidentin Kristina Herbst (hinten) eröffnet das Parlamentsforum in Glücksburg.

Bildungsausschuss will Partnerschaft mit Frankreich vertiefen

Die Bildungspartnerschaft zwischen Schleswig-Holstein und der französischen Region Pays de la Loire soll ausgebaut werden – insbesondere mit Blick auf den Sprachunterricht. Mit dieser Zielstellung kehrte der Bildungsausschuss Mitte September von einer Informationsreise nach Westfrankreich zurück.

„Die Ausgangslage ist in Deutschland und Frankreich vergleichbar“, sagte der Ausschussvorsitzende, der SPD-Abordnete Martin Habersaat: „Es gibt den politischen Willen, die Sprache des Nachbarlandes an den Schulen anzubieten und jungen Menschen einen grenzüberschreitenden Austausch zu ermöglichen.“ Um die deutsche Sprache in Frankreich und das Französische in Deutschland zu stärken, soll nun ein

Austauschprogramm für Schüler und Lehrkräfte eingerichtet werden. Zudem sind Praktika, Hilfen bei Sprachprüfungen und außerschulische Kooperationen im kulturellen Bereich geplant. „Wir wollen helfen, die deutsch-französische Freundschaft mit Leben zu erfüllen“, erläuterte Habersaat: „Konkret werden in Pays de la Loire gerade dringend Sprachassistenten aus Deutschland gesucht, die den Unterricht der Deutschlehrkräfte für eine begrenzte Zeit unterstützen.“

Die Partnerschaft zwischen Schleswig-Holstein und Pays de la Loire besteht seit 1992 und wurde 2009 um eine Zusatzvereinbarung für den Bildungsbereich ergänzt. Es ist die einzige auswärtige Bildungspartnerschaft Schleswig-Holsteins.

Treffen in Malmö, Diskussion in Kiel: Northvolt beschäftigt den Landtag

Negativmeldungen des schwedischen Batterieherstellers Northvolt haben in den vergangenen Wochen auch im Landtag für Aufmerksamkeit gesorgt. Im Lande geht es um die Batteriefabrik bei Heide, die sich aktuell im Bau befindet. Dort will der Konzern mit finanzieller Unterstützung von Land und Bund 3.000 Jobs schaffen und pro Jahr eine Millionen Batterien für Elektroautos produzieren – eine der größten Industrieansiedlungen in der Geschichte Schleswig-Holsteins.

Northvolt-Chef Peter Carlsson hatte im Sommer erklärt, das Unternehmen wolle seine internationalen Ausbaupläne bremsen. Das Werk an der Westküste soll aber nach Aussage des Unternehmens nicht betroffen sein. Mit dieser Erkenntnis kehrten der Wirtschafts- und der Europaausschuss Anfang Juli von einer Reise nach Kopenhagen und Malmö zurück. In der schwedischen Hafenstadt trafen sich die Abgeordneten mit Vertretern der Northvolt-Geschäftsführung. „In der vertraulichen Sitzung sind alle unsere Fragen beantwortet worden“, erklärte der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, der CDU-Abgeordnete Claus Christian Claussen: „Northvolt hat klar erklärt, an dem Projekt in Heide festzuhalten.“

Im September kam die nächste Negativnachricht aus dem Norden. Demnach will Northvolt 1.600 Stellen abbauen, den Großteil davon in Schweden. Medienberichten zufolge machen dem Unternehmen das sinkende Interesse an E-Autos und die Billigkonkurrenz aus China zu schaffen. Die Entscheidungen des Konzerns „lassen

aufhorchen“, erklärte der SPD-Parlamentarier Kianusch Stender. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme der gesamten Autoindustrie sei „politische Naivität fehl am Platz“. Es müsse darauf geachtet werden, „dass sich das Unternehmen vertragsgemäß an die Umsetzung des Bauprojekts hält“.

Stender hat das Thema erneut auf die Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses gesetzt. Dort geht es auch um die Einrichtung eines „Welcome-Centers“ in Heide, das sich um die Betreuung der Fachkräfte kümmern soll, die wegen der Fabrik nach Dithmarschen ziehen.



Der Wirtschafts- und der Europaausschuss im Rathaus von Malmö: Dort führten die Gäste ein Gespräch mit Bürgermeisterin Carina Nilsson und der Industrie- und Handelskammer Südschweden. Weitere Stationen in Kopenhagen waren das dänische Transportministerium, die Deutsch-Dänische Handelskammer, der Dänische Industrieverband und das Sekretariat der deutschen Minderheit.

Abgeordnete aus Kiel und Hamburg besuchten Metropolregion Rotterdam

Der „Zusammenarbeitsausschuss“, in dem Abgeordnete des Kieler Landtages und der Hamburger Bürgerschaft gemeinsame Fragen erörtern, hat Anfang Juli die Niederlande besucht. In der Region Rotterdam/Den Haag führten die Parlamentarier Gespräche mit zahlreichen Entscheidungsträgern.

Auf dem Reiseplan standen die Innovationsagentur Rotterdam/Den Haag, die Technische Universität Delft, das Innovationszentrum „Yes!Delft“, das Büro der süd-holländischen Metropolregion

und die deutsche Botschaft in Den Haag. Zudem sprachen die Norddeutschen mit der Deutsch-Niederländischen Handelskammer und der Stadtwirtschaftsförderung Rotterdam.

Die beiden Ausschussvorsitzenden, der schleswig-holsteinische FDP-Abgeordnete Bernd Buchholz und der Hamburger SPD-Politiker Lars Pochnicht, zeigten sich beeindruckt: Die Niederlande hätten in Punkto Wirtschaftsförderung ein „Erfolgsmodell“ entwickelt, von dem die Metropolregion Hamburg viel lernen könne. In den Südniederlanden

sorge jeder eingesetzte Euro Steuergeld für die Aktivierung der doppelten Summe an Privatkapital, so Buchholz. Das schaffe „ein einzigartiges Innovationsklima“. Pochnicht unterstrich die Bedeutung einer Innovationsagentur für die Metropolregion Hamburg. Diesen Punkt betonte auch Buchholz: „Der Besuch hat uns verdeutlicht, wie wichtig die Entscheidung in Schleswig-Holstein war, die Förderung der gemeinsamen Innovationsagentur nicht einzustellen.“ Es bedürfe „massiver Anstrengungen, das Erfolgsmodell aus Holland auch für Norddeutschland soweit möglich zu adaptieren“.

Land stärkt seine Sicherheitsbehörden – Opposition fordert klaren Kurs

Schärfere Überwachung potentieller Extremisten, raschere Abschiebungen, aber auch ein besserer Zugang zum Arbeitsmarkt: Mit einem 26 Punkte umfassenden „Maßnahmenpaket in den Bereichen Sicherheit, Migration und Prävention“ reagiert die Landesregierung auf den Terroranschlag von Solingen Ende August und auf vorherige Attacken in Brokstedt und Mannheim. „Eines der Kernversprechen des Staates, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, wird von vielen inzwischen angezweifelt“, stellte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) in einer Regierungserklärung Ende September fest: „Wir handeln entschlossen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land zu bewahren.“ Aus SPD und FDP kam grundsätzlicher Zuspruch, der SSW äußerte sich skeptisch zu einigen der geplanten Maßnahmen.

„Wir sind ein weltoffenes Land und wollen es bleiben“, betonte Günther. Aber das „Gefühl unkontrollierter Einwanderung“ löse bei vielen Menschen Angst aus. Der Regierungschef kündigte gemeinsame Bundesratsinitiativen mit Nordrhein-



Ministerpräsident Daniel Günther (CDU): „Schleswig-Holstein handelt!“

Westfalen und Baden-Württemberg an, die ebenfalls von CDU und Grünen regiert werden. Dabei geht es um Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan, um den Verlust des Schutzstatus bei einer Reise ins Heimatland und um eine bundesweite „Identitätendatenbank“. Oppositions-

führerin Serpil Midyatli (SPD) stellte klar: „Es ist unsere Verantwortung, alles daran zu setzen, dass sich solche



Oppositionsführerin Serpil Midyatli (SPD): „Im Haushalt abbilden!“

Taten nicht wiederholen“. Sie forderte die Landesregierung auf, die angekündigten Schritte finanziell zu unterfüttern und mehr Personal bei Polizei und Justiz einzustellen: „Die Maßnahmen müssen sich im Haushaltsentwurf wiederfinden.“

Die Vorschläge seien „teils sinnvoll, teils überfällig“, aber auch teils „Symbolpolitik“, merkte Christopher Vogt (FDP) an – etwa, wenn eine Vollauslastung der Abschiebehafteinrichtung in Glückstadt versprochen werde. Er vermisse Schritte zur besseren Organisation von Abschiebungen und zu Asylverfahren an den EU-Außengrenzen, so Vogt. Im Paket der Landesregierung fehle „das wichtigste Wort“, sagte Lars Harms (SSW), nämlich Integration. Für mehrere schwarz-grüne Ideen, etwa die Gesichtserkennungssoftware, forderte Harms strenge Vorgaben. Er sei dagegen, „dass wir zugunsten der Sicherheit die Freiheit aufgeben“.

Das Maßnahmenpaket sei „ein starkes Zeichen der schwarz-grünen Geschlossenheit“, befand Birte Glißmann (CDU). So sei die geplante Funkzellenabfrage bei schweren Verbrechen oft der einzige Hinweis auf den Täter. Und: „Schnelle und konsequente Abschiebungen gehören zu einem funktionierenden Asylsystem dazu“. Grünen-Fraktionschef Lasse Petersdotter rief dazu auf, die Debatten über Heimkehrer, Sozial-



Lars Harms (SSW): „Nicht Sicherheit kontra Freiheit!“

leistungen und Abschiebungen von Straftätern „zielgerichtet und unaufgeregt“ zu führen und nicht alle Muslime „in Sippenhaft“ zu nehmen. Es gelte aber: „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir eine andere Sicherheitslage beim Thema Islamismus haben.“

i

Das Paket der Landesregierung

Die Polizei soll das Internet per Künstlicher Intelligenz nach möglichen Gefahren durchsuchen können. Dabei soll auch eine Gesichtserkennungssoftware zum Einsatz kommen. Islamistische Influencer sollen in einer landesweiten Datei erfasst werden. Bisher separate Dateien von Polizei und Ausländerbehörden sollen vernetzt werden. Es soll ein zentrales Register für Straftäter eingerichtet werden, die abgeschoben werden sollen. Der Landesverfassungsschutz soll mehr Kompetenzen bei der Telekommunikationsüberwachung bekommen. Die Islamismus-Prävention an Schulen, in Flüchtlingsheimen und in Justizvollzugsanstalten soll gestärkt werden. Asylbewerber mit Bleibeperspektive sollen in Praktika und Jobs vermittelt werden, und ihre Qualifikationen sollen schneller anerkannt werden.

Breite Front gegen Grenzkontrollen nach Dänemark

Seit Mitte September gibt es auf schleswig-holsteinischer Seite wieder Kontrollen an der deutsch-dänischen Grenze. Die Landespolitik ist gespalten, ob dieser Schritt der Bundesregierung sinnvoll ist. SSW und SPD appellierten Ende September an die Landesregierung, in Berlin auf ein Ende der Kontrollen zu drängen, Grüne und FDP äußerten sich ebenfalls kritisch. CDU-Fraktion und Landesregierung verteidigten die stichprobenartigen Checks hingegen als Beitrag zur inneren Sicherheit und gegen irreguläre Migration.

Lars Harms (SSW) prangerte den „Aktivismus auf Bundesebene“ an, der rund 13.000 täglichen Pendlern das Leben schwer mache. Birte Pauls (SPD) bezeichnete die Kontrollen als „überflüssig“, denn „im Gegensatz zu den östlichen und südlichen Bundesgrenzen ist die deutsch-dänische Grenze wirklich nicht der Hotspot der irregulären Migration“. „Ich halte es für nahezu ausgeschlossen, dass Attentäter an einer Grenze entdeckt werden“, sagte Eka von Kalben von den Grünen, die sich in dieser Frage gegen ihren Koalitionspartner CDU stellten. Im ersten Halbjahr 2024 habe es in Deutschland lediglich 56 Asylsuchende aus Richtung



Autos auf dem Weg nach Dänemark bei Flensburg: Die Grenzkontrollen setzen das Schengener Abkommen außer Kraft, das einen ungehinderten Verkehr zwischen den Beitrittsstaaten vorsieht. Deutschland gehört seit 1995 zum Schengen-Raum, Dänemark kam 2001 dazu. Auf dänischer Seite gibt es seit 2016 stichprobenartige Kontrollen, die Regierung in Kopenhagen begründet dies mit der Flüchtlingssituation. Das Bundesinnenministerium hat Mitte September die Kontrollen an den deutschen Grenzen zu Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Frankreich für die Dauer von sechs Monaten angeordnet. An den Grenzen zu Österreich, Polen, Tschechien und der Schweiz gab es bereits zuvor solche Kontrollen.

Dänemark gegeben, betonte Heiner Garg (FDP): „Wir müssen aufpassen, dass die fundamentalen Errungenschaften der EU nicht in einer Woge des Populismus weggespült werden.“

Grenzkontrollen seien „derzeit unabwendbar“, erwiderte Rasmus Vöge (CDU): „Seit 2015 haben wir es mit einer andau-

ernden, aus dem Ruder gelaufenen Migrationsbewegung in die Bundesrepublik Deutschland zu tun.“ Bildungsministerin Karin Prien erklärte in Vertretung von Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (beide CDU): „Wir müssen unsere Grenzen zumindest vorübergehend schützen“, um das „Kernversprechen“ des Staates, die innere Sicherheit zu wahren, erfüllen zu können.

Streit um harte Linie bei Abschiebungen

Die FDP hat von der Landesregierung in der September-Tagung einen konsequenteren Kurs bei Abschiebungen gefordert. Nicht nur Straftäter müssten das Land schnellstmöglich verlassen, so der Abgeordnete Bernd Buchholz, sondern alle „vollziehbar ausreisepflichtigen Personen“.

Der Täter von Solingen sei „bis zu seiner Tat strafrechtlich nicht in Erscheinung getreten“, mahnte Buchholz. „Das Attentat von Solingen hat uns erneut vor

Augen geführt, welche schrecklichen Folgen nicht vollzogene Abschiebungen haben können“, betonte auch Seyran Papo (CDU). Catharina Nies (Grüne) warf der FDP hingegen vor, ein „verengtes Bild“ der Lage zu zeichnen. Es gebe auch „Vollzugsdefizite im Integrationsbereich“. Der beste Weg, die Behörden zu entlasten, sei es, Zugänge zum Arbeitsmarkt zu schaffen. Das sah Lars Harms (SSW) ähnlich: Wenn sich die Ausländerbehörden zu „Integrationsbehörden“ entwickelten, sei dies ein „riesiger Gewinn“.

Die SPD habe bereits im März gemeinsam mit der FDP eine Zentralisierung der Rückführungen gefordert, merkte die Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli an: „Jetzt haben wir ein halbes Jahr verloren.“ Eine neue Behörde sei kein „Allheilmittel“, erwiderte Integrationsministerin Aminata Touré (Grüne). Sie verwies auf Gespräche mit den Kommunen, die bis Dezember abgeschlossen sein sollen. Der gesetzliche Rahmen für ein gemeinsames Handeln solle dann „spätestens im ersten Quartal“ des kommenden Jahres stehen.

Mehr zum Thema: Seite 10

Touré: Land schafft Zentralstelle für Abschiebungen von Straftätern

Das Land will eine neue Zentralstelle für Abschiebungen von ausländischen Straftätern einrichten. Das kündigte Integrationsministerin Aminata Touré (Grüne) Mitte September im Innen- und Rechtsausschuss an. Vorwürfen aus der Opposition, die Landesregierung agiere in diesem Bereich nicht entschlossen genug, trat Touré entgegen.

Rückführungsverfahren von Straftätern sollen demnach künftig zentral vom Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge in Neumünster bearbeitet werden, um die oftmals überforderten Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte zu entlasten. So könnten „für mindestens 150 Personen die Verfahren verkürzt werden“, betonte die Ministerin. Es gehe insbesondere um Täter, die wegen vorsätzlicher Straftaten zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens zwei Jahren oder wegen Körperverletzung, sexueller Übergriffe oder Angriffe auf Vollzugskräfte zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt worden

sind. Der FDP-Abgeordnete Bernd Buchholz forderte, diese Praxis auf alle Menschen, auszuweiten, „die vollziehbar ausreisepflichtig sind“.



Die für Integration zuständige Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) im Innen- und Rechtsausschuss

Derzeit sind Tourés Angaben zufolge knapp 9.200 Personen im Lande ausreisepflichtig, davon etwas mehr als 7.900 mit vorübergehender Duldung. Bei etwa 1.100 Personen sei die Rückführung gescheitert. Den Vorwurf des FDP-Abgeordneten Buchholz, entgegen den „vollmundigen

Ankündigungen“ von Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) zu wenig für Rückführungen zu tun, wies Touré „aufs Schärfste“ zurück. „Wir bremsen nicht“, so die Ministerin.

Insgesamt sei im Lande ein leichter Rückgang der Zugangszahlen zu verzeichnen, sagte die Ministerin. So seien von Januar bis Juli 2024 rund 5.700 Personen registriert worden, zwölf Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. „Vermutlich“, so Touré, „kommen weniger Menschen auch wegen der Grenzkontrollen“. Während der Fußball-Europameisterschaft im Sommer waren einreisende Personen an den deutschen Grenzen verstärkt kontrolliert worden. Die meisten Schutzsuchenden – rund die Hälfte – kommen der Ministerin zufolge weiterhin aus der Ukraine. Auf die Frage von Lars Harms (SSW), auf welchem Weg die übrigen Migrant*innen nach Deutschland kommen, äußerte Touré den Verdacht, dass es gezielte Schleusungen aus Belarus gebe. Diese würden sich voraussichtlich im Herbst verstärken.

Mehr zum Thema: Seite 9

Rücktritt von Ex-Staatssekretärin Samadzade

Innen- und Rechtsausschuss stellt Fragen

Die Umstände des Ausscheidens vom Sozial-Staatssekretärin Marjam Samadzade aus der Landesregierung im Oktober 2023 haben den Innen- und Rechtsausschuss mehrfach beschäftigt. Auf Antrag der Opposition befragte der Ausschuss sowohl Samadzade als auch Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) sowie weitere hochrangige Mitarbeiter ihres Hauses. Themen waren die zwischenzeitlich auf Eis gelegte Einrichtung einer Stabsstelle zum Thema Antidiskriminierung, die angebliche persönliche Nähe Samadzades

zu einem Bewerber für diese Stabsstelle und ein israelkritischer Internetbeitrag, den die damalige Staatssekretärin positiv kommentiert hatte. Dies war ausschlaggebend für Samadzades vorzeitigen Abschied aus dem Kabinett gewesen. Zudem nahm der Ausschuss Einsicht in Chatverläufe, in denen Touré und Samadzade die Details ihres Ausscheidens besprachen.

Mitte September machte Samadzade Ministerin Touré im Ausschuss schwere Vorwürfe. Demnach soll die Ministerin

sie vor die Wahl gestellt haben, entweder eine Stellungnahme zu dem israelkritischen Beitrag abzugeben oder fristlos entlassen zu werden. Touré hatte bei früherer Gelegenheit die Trennung von Samadzade verteidigt. Die Staatssekretärin habe wiederholt eine mangelnde politische Sensibilität gezeigt, so die Ministerin.

Die Opposition sieht weiteren Klärungsbedarf und will das Thema erneut auf die Tagesordnung setzen.

Drohnen über Brunsbüttel

„Extrem beunruhigend“

Wer lässt nachts Drohnen über dem Industriegebiet in Brunsbüttel fliegen – und zu welchem Zweck? Polizei, Staatsanwaltschaft und Staatsschutz ermitteln seit dem Sommer. Anfang September befasste sich der Innen- und Rechtsausschuss mit dem Thema. Fazit der teilweise vertraulichen und nicht öffentlichen Beratung: Die Drohnen sind möglicherweise Spionageobjekte, erhöhte Wachsamkeit ist notwendig, und Abwehrmaßnahmen müssen verbessert werden.

Medienberichten zufolge fliegen seit Anfang August regelmäßig Drohnen über dem ChemCoast-Park in Brunsbüttel. Demnach sind in mehreren Nächten bis zu vier dieser Flugobjekte über dem Gelände aufgetaucht. In dem Industriegebiet befinden sich unter anderem das stillgelegte Atomkraftwerk, das schwimmende LNG-Terminal, Betriebe aus der Chemie- und Mineralölwirtschaft sowie eine Verbrennungsanlage für Sondermüll. Eine Flugverbotszone ist ausgewiesen. Auch die Schleusanlage und der Nord-Ostsee-Kanal sind Berichten zufolge überflogen worden.

In der Ausschusssitzung bestätigte die Leitende Oberstaatsanwältin Stephanie Gropp von der Staatsanwaltschaft Flensburg, dass ihre Behörde dem Anfangsverdacht einer Agententätigkeit zu Sabotagezwecken nachgehe. Es gebe „Anhaltspunkte dafür, dass die Drohnen aus dem militärischen Bereich kommen könnten“. Hinweise auf mögliche Auftraggeber – spekuliert wurde öffentlich über Russland – gebe es aber nicht. Mit den vorhandenen Mitteln seien die Behörden nicht in der Lage, Typ und Bauweise der Drohnen genau zu identifizieren, sagte die Staatsanwältin.

Die Objekte seien „teilweise mit sehr hoher Geschwindigkeit und ungewöhnlichen Flugmustern“ unterwegs gewesen, berichtete Innen-Staatssekretärin Magdalena Finke: „Dieses Phänomen ist nach unserem Kenntnisstand in dieser intensiven Form bislang in Schleswig-Holstein noch nicht aufgetreten.“ Das Land sei noch dabei, eigene Drohnenabwehrsysteme zu beschaffen, berichtete die Staats-

sekretärin. Im Fall Brunsbüttel kooperiere Schleswig-Holstein mit anderen Ländern und dem Bund, etwa mit dem Nationalen Lagezentrum der Bundeswehr für Sicherheit im Luftraum in Uedem (NRW). „Sämtliche im Bundesgebiet für die Polizei verfügbare Technik“ sei eingesetzt worden. Finke forderte „eine gemeinsame länderübergreifende Einheit“ zur Drohnenabwehr.

„Landespolizei nicht alleine lassen“

Den Vorschlag des SSW-Abgeordneten Lars Harms, die verdächtigen Drohnen abzuschießen, wies die Staatssekretärin als „nicht verantwortbar“ zurück. Es sei zu beachten, „welche Schäden eine abstürzende Drohne verursachen kann“. Ein Nebenprodukt der Überwachung: Es konnten mehrere Freizeitpiloten

ausfindig gemacht werden, die mit Hobby-Drohnen in die Flugverbotszone des Industrieareals eingedrungen waren.

Die Abgeordneten forderten fraktionsübergreifend eine bessere Ausrüstung und Vernetzung der Sicherheitsbehörden. „Ausländische Akteure nehmen unsere kritische Infrastruktur ins Visier und wollen gleichzeitig in der Bevölkerung Unsicherheit streuen“, merkte der Ausschussvorsitzende, der Grünen-Abgeordnete Jan Kürschner, an: „Den Schutz vor militärischen Drohnen kann aus meiner Sicht nicht allein die Landespolizei leisten, weswegen Bundespolizei und Bundeswehr Amtshilfe leisten müssten, jedenfalls im Rahmen dessen, was das Grundgesetz zulässt.“ Mit der Abwehr militärischer Drohnen sei die Landespolizei überfordert, mahnte Bernd Buchholz (FDP): „Das kann kein Bundesland leisten.“ Er appellierte an den Bund, sich auf die neue Bedrohungslage einzustellen. Niclas Dürbrook (SPD), der die Aussprache im Ausschuss angeregt hatte, nannte die Drohnenflüge „extrem beunruhigend“. Sein Eindruck sei aber, „dass im Rahmen des bislang Möglichen die Zusammenarbeit von Land, Bund und anderen Bundesländern anständig funktioniert hat“.



Blick auf Brunsbüttel und das Chemiewerk Sasol (hinten li.). Vorne im Bild die Schleuse am Nord-Ostsee-Kanal.

AKW Brokdorf: Rückbau steht bevor, viele Fragen sind noch offen

Die Genehmigung für den Abbau des 2021 stillgelegten Atomkraftwerks Brokdorf rückt näher, aber es gibt nach wie vor Differenzen zwischen der Betreiberfirma Preussen Elektra und der schleswig-holsteinischen Atomaufsicht. Das wurde im Umwelt- und Agrarausschuss erneut deutlich. Der Ausschuss hatte beide Seiten bereits im Mai und im Juni einzeln angehört (s. Landtagszeitschrift 02/24). Anfang September kam es zum direkten Dialog zwischen AKW-Managern und Landesregierung. Dabei ging es auch um die Suche nach einer Deponie für die Baurückstände.

Preussen Elektra warte seit 2017 auf die Genehmigung, sagte der Vorsitzende der Geschäftsführung, Guido Knott. Seit Ende Juni liege ein erster Entwurf vor, aber der „kann nicht so bleiben, wie er ist“. Es gebe eine Reihe von Auflagen, „die den Rückbau unnötig in die Länge ziehen“. Knott beklagte eine „Übermacht an Regulierungsdichte“, die nicht zu bewältigen sei – „nicht für uns und auch nicht für den TÜV“. Die Kontrollpflicht nehme „nicht ab, sondern zu“, so Knott, dabei sei die Gefahr durch Radioaktivität während des Rückbaus „um den Faktor Billion“ geringer als im Betrieb. Das Unternehmen will das AKW ab November abtragen.

Genehmigung: Kritik an langer Bearbeitungszeit

„Wir nehmen die Hinweise ernst und werden Anpassungen vornehmen“, erwiderte Energie-Staatssekretär Joschka Knuth. Allerdings habe die Sicherheit der Bevölke-

rung „zentrale Bedeutung“. Knuth sprach von einer „neuen Phase des Risikos“, da beim Abbau „deutlich mehr Bestandteile kontrolliert werden müssen“. So gehe es etwa um Straßenbeläge, die „eine gewisse Belastung“ aufwiesen, wenn dort Castor-Behälter mit radioaktivem Inhalt gestanden hätten. „Diese feinen Nuancierungen müssen sehr genau geprüft werden“, so Knuth. Der Grünen-Abgeordnete Malte Krüger blickte auf die beiden anderen schleswig-holsteinischen AKW in Brunsbüttel und Krümmel und den dortigen Betreiber Vattenfall. Der habe sich „nicht so wahrnehmbar“ beschwert, obwohl dort die gleichen Regeln gelten.

Vertreter der Opposition machten die Landesregierung für das langwierige Verfahren verantwortlich. Es sei „überhaupt nicht nachvollziehbar“, monierte Thomas Hölck (SPD), „dass es so extrem lange dauert“. Brokdorf sei schließlich nicht das erste AKW, das zurückgebaut

werde. Hölck befürchtete, dass im Kraftwerk eines Tages kein „Personal, das sich auskennt“, mehr vorhanden sei. Auch der FDP-Abgeordnete Oliver Kumbartzky betonte: „Die Genehmigungen dauern hier länger als anderswo.“ Der Leiter der Abteilung für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz im Ministerium, Andreas Wasielewski, hielt dagegen: „Der Vorwurf, dass Schleswig-Holstein zu langsam ist, trifft nicht zu.“ Im niedersächsischen Kernkraftwerk Stade laufe der Rückbau seit 2005 – und der Abbruch der Gebäude habe erst im vergangenen Jahr begonnen.

Deponie: Sorge um „Akzeptanz vor Ort“

Eine offene Frage ist nach wie vor: Wo soll der Bauschutt gelagert werden? „Wir brauchen eine Deponie, ansonsten wird der Rückbau nicht gelingen“, mahnte Preussen Elektra-Chef Knott. Für die Anwohner sei „nichts zu befürchten“. Knott veranschlagte 15 bis 20 Jahre für den Abbau und sprach von einer „Verzögerung von deutlich über zehn Jahren“, wenn nicht rasch ein Lagerort gefunden werde. Strahlenschutz-Experte Wasielewski stellte fest: „Es gibt keinen Mangel an möglichen Deponie-Plätzen.“ Was fehle, sei allerdings die „Akzeptanz vor Ort“. Staatssekretär Knuth kündigte an, notfalls werde das Land die Materialien einer Deponie zuweisen. Die AKW-Überreste seien „der am besten freigemessene Abfall, den man sich vorstellen kann“. Eine Anweisung von oben werde die Akzeptanz der Bewohner im Umfeld der Deponie kaum stärken, merkte Christian Dirschauer (SSW) an.

Preussen Elektra plant, auf dem AKW-Gelände einen Batteriespeicher für Windstrom einzurichten. Der Bau solle 2026 beginnen und Mitte der 2030er-Jahre abgeschlossen sein, so Knott. Dies sei ein „wertschaffender Beitrag zur Energiewende“.



© Preussen Elektra

35 Jahre, von 1986 bis 2021, war das Kernkraftwerk in Brokdorf an der Unterelbe in Betrieb. Bis der Beton, die weiteren Bauelemente und der radioaktive Kern beseitigt sind, dürfte es erneut Jahrzehnte dauern.

„Fair und gerecht“ – Seniorenbeirat fordert günstigeres Deutschlandticket

Für 49 Euro im Monat bundesweit den Regionalverkehr mit Bus und Bahn nutzen: Das ermöglicht das Deutschlandticket. Vertreter des Seniorenbeirats Norderstedt fordern, den Preis für Menschen ab 65 Jahren zu senken. Sie haben eine öffentliche Petition für ein „faires Deutschlandticket für Seniorinnen und Senioren“ gestartet und seit März mehr als 2.000 Unterstützer gefunden. Mitte Juli hat sich der Petitionsausschuss in einer öffentlichen Anhörung mit dem Anliegen befasst. Bei den Abgeordneten traf die Forderung auf ein gemischtes Echo, Vertreter der Landesregierung reagierten ablehnend.

Andere Bevölkerungsgruppen würden bereits privilegiert, betonte Michael Metzler vom Seniorenbeirat. So gebe es ein günstiges Job-Ticket für Arbeitnehmer ab 16,55 Euro. Schleswig-Holsteins Schüler können seit Beginn des Schuljahrs mit dem „Deutschland-Schulticket“ reisen – je nach Landkreis für 29 Euro oder sogar noch weniger. Ab kommendem Januar soll dies auch für viele Azubis gelten. Insgesamt hätten rund 1,4 Millionen Menschen im Lande Anspruch auf eine Vergünstigung, so Metzler – die 700.000 Senioren jedoch nicht: „Ist das fair, ist das gerecht?“ Er verwies darauf, dass Senioren in Mecklenburg-Vorpommern das Deutschlandticket für 29 Euro monatlich kaufen könnten. Sollte diese Bestimmung auch in Schleswig-Holstein greifen und zehn Prozent der Senioren den Rabatt nutzen, dann würde dies den Landshaushalt mit 16,8 Millionen Euro pro Jahr belasten, rechnete Metzler vor: „Das ist bezahlbar.“

Förderung „zielgerichtet“ oder „mit der Gießkanne“?

„Wir fordern keine Sonderbehandlung“, stellte Christine Schmid, Vorsitzende des Norderstedter Seniorenbeirats, klar. Aber: „Senioren sollten das erhalten, was andere auch erhalten.“ Mobilität sei „Teil der Daseinsvorsorge“. Ein günstiger Fahrschein sei zudem ein Zeichen der Wertschätzung für die Lebensleistung älterer Menschen und ein Mittel gegen Einsamkeit.

Martin von Ivernois aus dem Kieler Verkehrsministerium wies hingegen auf „erhebliche Probleme im Haushalt“ hin, die auch das Verkehrsressort betreffen. Derzeit

müsse das Land sogar aus Geldmangel einzelne Verbindungen abbestellen. Auch unter alten Menschen gebe es Arm und Reich, stellte Bernhard Rosendahl aus dem Sozialministerium fest. Statt das Geld „zufällig“ auszuschütten müsse das Land „zielgerichtet“ vorgehen. Die FDP-Abgeordnete Annabell Krämer sprach sich ebenfalls dagegen aus, Gelder „mit der Gießkanne“ zu verteilen. Jeder Extra-Euro im Haushalt sei kreditfinanziert. „Wünschenswert, aber nicht zu bezahlen“, lautete Krämers Fazit.

Gegen eine pauschale Hilfsleistung und für eine „Förderung entlang der finanziellen Möglichkeiten der Betroffenen“ sprach sich auch Ulrike Täck (Grüne) aus. Die Durchschnittsrente in Deutschland liege lediglich bei rund 1.400 Euro, erwiderte Marc Timmer (SPD). Da sei es richtig, über ein preiswertes Seniorenticket nachzudenken. Sybilla Nitsch (SSW) brachte eine „kleinere Variante“ ins Spiel – eine Ermäßigung, die nicht deutschlandweit, sondern nur in Schleswig-Holstein gilt. Vielerorts im ländlichen Raum gebe es



© dpa/Boris Roessler

D-Ticket:

Preis steigt ab 1. Januar

Den Verkehrsunternehmen entstehen Einnahmeausfälle wegen des günstigen Angebots von 49 Euro. Bund und Länder bezuschussen das im Mai 2023 eingeführte Deutschlandticket deswegen mit jeweils 1,5 Milliarden Euro jährlich. Schleswig-Holstein steuert 52,4 Millionen Euro bei. Die Verkehrsminister von Bund und Ländern haben sich Ende September verständigt, den Preis des D-Tickets ab dem 1. Januar um 9 Euro auf 58 Euro anzuheben. Damit sei die Zukunft des Deutschlandtickets „erstmal gesichert“, sagte Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen (CDU). Der Bund habe allerdings noch keine Gelder für die Jahre ab 2026 zugesagt. Bernd Buchholz (FDP) nannte die Preiserhöhung absehbar: „Guten Nahverkehr gibt es nicht zum Nulltarif.“ Demgegenüber sprach Christian Dirschauer (SSW) von einem „schweren Rückschlag für die Mobilitätswende“.

kostenlose Bürgerbusse, sagte Heiner Rickers (CDU). Das Angebot sei genau auf Senioren zugeschnitten. Der Petitionsausschuss wird nun das Anliegen intern weiter beraten und eine Empfehlung aussprechen.

Das Deutschlandticket:

Grundsätzlich ist es als digitales Angebot gedacht. Nutzer können es in der App der Deutschen Bahn oder eines regionalen Anbieters (etwa Nah.sh) kaufen und auf ihrem Smartphone speichern. Einzelne Verkehrsunternehmen bieten auch eine Chipkarte an. Im Lande sind dies die Kieler Verkehrsgesellschaft, die Stadtwerke Lübeck und Aktiv Bus Flensburg.

Experten uneins über Ausweitung der Arbeitszeit

Flexibilisierung kontra Arbeitnehmerschutz: Der Wirtschaftsausschuss ist beim Thema Arbeitszeit gespalten. Das wurde bei einem Fachgespräch Anfang Juli deutlich. Die FDP, die das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hatte, will die bisherige tägliche Höchstarbeitszeit von zehn auf 13 Stunden anheben, wenn der Arbeitnehmer zustimmt. Unternehmensverbände zeigten sich offen, aus anderen Fraktionen und von Gewerkschaften kamen Bedenken.

Es gebe in der Gesellschaft „eine veränderte Art, leben und arbeiten zu wollen“, so der FDP-Abgeordnete Bernd Buchholz: „Es gibt den Wunsch nach größerer Flexibilisierung, bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern.“ Buchholz wies darauf hin, dass die EU-Arbeitsschutzrichtlinie bereits heute eine tägliche Arbeitszeit von 13 Stunden zulasse. Tatsächlich liege die Wochenarbeitszeit bei Vollzeitbeschäftigten in Deutschland aber bei lediglich 35,3 Stunden. In Griechenland seien es 42.

Auch Marcus Schween, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Kiel machte einen „Wunsch von Mitarbeitern nach mehr Flexibilität“ aus, dem der Arbeitgeber derzeit nicht entsprechen könne. Viele Beschäftigte wünschten sich „Zeitsouveränität“: Sie wollten beispielsweise am Abend noch zwei Stunden arbeiten können, um dann am folgenden Tag mehr Zeit für die Familie zu haben. Es gebe aktuell aber noch kein „vollständiges Bild“ der Ziele und Wünsche, so Hauke Weber von der IHK Schleswig-Holstein. Die Situation könne je nach Branche und Unternehmensgröße sehr unterschiedlich sein.

„Arbeitnehmer streben das nicht an“

Marco Kiepke vom Deutschen Gewerkschaftsbund Nord (DGB) pochte hingegen auf die bestehende gesetzliche Regelung.

Demnach darf die tägliche Arbeitszeit „acht Stunden nicht überschreiten“. Zehn Stunden sind möglich, wenn die Überstunden spätestens innerhalb eines halben Jahres ausgeglichen werden. „Eine Aufweichung dieses fundamentalen Schutzrechtes widerspricht den Bedürfnissen der Arbeitnehmenden“, so Kiepke. Dem DGB lägen „keine Berichte von unseren Mitgliedsgewerkschaften darüber vor, dass Beschäftigte ihre tägliche Arbeitszeit über die bestehende gesetzlich vorgeschriebene Grenze ausweiten wollen“. Für flexible Arbeitsmodelle sei zudem keine Änderung des Arbeitszeitgesetzes notwendig. Dies sei im Rahmen von Tariföffnungsklauseln oder Schichtarbeit bereits jetzt möglich.

Sechs-Stunden-Tag. Dies führe zu „besserer Arbeitsqualität“ und „höherer Zufriedenheit“. Die anstehenden Aufgaben seien häufig auch in weniger Zeit zu erledigen.

„Flexibilisierung nicht zulasten der Frauen“

„Wir verbringen im Schnitt elf Stunden mit schlafen, essen und Körperpflege“, sagte Alexandra Ehlers vom Landesfrauenrat: „Wenn wir 13 Stunden arbeiten, bleibt nichts mehr übrig.“ Eine Flexibilisierung müsse mit einer „gleichstellungsorientierten Folgenabschätzung“ einhergehen, damit Frauen, die einen großen Teil der Haus- und Betreuungsarbeit leisteten, nicht benachteiligt werden.



© Dreamstime Digitalpress

Eine pauschale Ausweitung der Arbeitszeit schaffe „Ausnahmefälle für wenige“, betonte Lasse Petersdotter (Grüne). Andere hingegen, die dies nicht anstrebten, könnten sich „nicht wehren“ und würden in die Mehrarbeit „reingedrängt“. Grundsätzlich sei aber die konkrete Arbeitssituation zu berücksichtigen, so Petersdotter: „13 Stunden Sicherheitsdienst im Objektschutz sind etwas Anderes als 13 Stunden Fliesenlegen.“ Eine Erweiterung auf 13 Stunden gehe zulasten der Frauen, mahnte Sybilla Nitsch (SSW). Denn in den meisten Fällen würden Männer, die oft den besser dotierten Job hätten, mehr arbeiten – und die Frauen würden in die klassische Hausfrauenrolle gedrängt. Nitsch warb für das „skandinavische Modell“ mit einem

Hintergrund der Debatte ist ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts aus dem Jahr 2022. Demnach müssen Arbeitnehmer ihre gesamte Arbeitszeit erfassen – nicht nur die Überstunden und die Wochenendarbeit, wie es bislang üblich ist. Die Bundesregierung hat daraufhin angekündigt, das Arbeitszeitgesetz zu überarbeiten. Ein Gesetzentwurf liegt aber noch nicht vor. Die Nord-FDP ruft die Landesregierung auf, in Berlin per Bundesratsinitiative Druck zu machen. CDU und Grüne bitten die Landesregierung in einem eigenen Antrag, einen „Dialogprozess“ mit Gewerkschaften und Arbeitgebern zu starten, „der darauf abzielt, flexiblere Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen“.

+++ MELDUNGEN FÜR DAS EHRENAMT +++

Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen. Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Menschen diese Themen im Überblick.

Kita-Finanzierung: Der Landtag hat im Laufe des Sommers die Weichen für die geplante Kita-Reform gestellt. Im Juli beschloss das Parlament mit großer Mehrheit ein „Vorschaltgesetz“, Ende September brachten CDU und Grüne die lange diskutierte Neufassung des Kindertagesförderungsgesetzes auf den Weg. Nach der Beratung im Sozialausschuss ist die zweite Lesung für November vorgesehen, damit die neue Kita-Finanzierung zum 1. Januar 2025 in Kraft treten kann.

Trotz jährlicher Ausgaben von 1,8 Milliarden Euro ist das Kita-System bislang unterfinanziert. Es klafft eine Finanzierungslücke von rund 110 Millionen Euro. Land und Kommunen haben sich darauf verständigt, jeweils 20 Millionen Euro in das System zu geben. Der Rest soll nach dem Willen der Koalition durch Bürokratieabbau, einen neuen Anstellungsschlüssel sowie die Absenkung von Standards erwirtschaftet werden. So soll es neue Vorgaben für die Gruppengrößen geben. Kitas sollen künftig ihr Personal flexibler einsetzen und finanzielle Mittel zielgerichteter verwenden können. Für die Eltern sollen die Kosten nicht steigen. Zudem sollen kleine Kitas, die nur eine Betreuungsgruppe haben, zusätzliche Unterstützung erhalten.

Katja Rathje-Hoffmann (CDU) hob in der September-Tagung hervor, „dass wir ein Gesetz auf die Beine gestellt haben, welches weiterhin die Eltern entlastet, Verlässlichkeit schafft und Bürokratie abbaut“. Die Opposition befürchtete ein sinkendes Betreuungsniveau und mehr Stress für die Beschäftigten. „Ich rechne mit einem noch schnelleren Abwandern von Fachkräften in andere Branchen“, sagte Sophia Schiebe (SPD).

Grundsteuer: Für rund 1,3 Millionen Grundstücke im Lande wird ab dem 1. Januar 2025 die Grundsteuer neu

bemessen. Dabei erhalten die Kommunen jetzt die Möglichkeit, unterschiedliche Hebesätze für Wohngrundstücke, für Gewerbe-Immobilien und für Wald- und Ackerflächen auszuschreiben. Das besagt ein Gesetzentwurf der Koalition, den CDU und Grüne Ende September beschlossen haben. SPD, FDP und SSW stimmten dagegen. Die Kommunen sollen laut dem Entwurf „zielgenau auf die individuellen Verhältnisse der Region reagieren“ können. Dort, wo neue Wohngebiete ausgewiesen werden, könnte so der Erwerb eines Hauses attraktiver gestaltet werden. Und in „strukturschwachen Gebieten“, wo neue Gewerbeansiedlungen geplant sind, könnten Industrie und Handwerk angelockt werden. Allerdings: Die Unterschiede zwischen den Hebesätzen dürfen laut dem Entwurf „nicht unverhältnismäßig groß sein“. Sie müssen „nachvollziehbar“ begründet werden, und sie dürfen keine „erdrosselnde Wirkung“ haben.

Die Grundsteuer werde weiterentwickelt, so Ole Plambeck (CDU), um auf aktuelle Herausforderungen vor Ort besser reagieren zu können. Es bestehe „keine Verpflichtung“ für die Kommunen, das Gesetz anzuwenden. Das Land biete lediglich „eine Option“, und dies entspreche dem Wunsch der Städte und Gemeinden. Annabell Krämer (FDP) sprach hingegen von einem „murksigen Gesetz“. Die aktuell steigende Belastung von Wohneigentum und Mieten durch die neuen Hebesätze sei zu erwarten gewesen. Schwarz-Grün bekomme nun „kalte Füße“ und wälze „das eigene Versäumnis auf die Kommunen ab“.

Die Berechnung der Grundsteuer muss nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2018 neugestaltet werden. Bei der Bemessung dient im Lande der Bodenrichtwert als Grundlage, der in einem Turnus von sieben Jahren neu berechnet wird – das sogenannte Bundesmodell. Das Gesamtaufkommen

der Grundsteuer soll in jeder Kommune gleich bleiben.

Schülervertretungen und Elternbeiräte: Das Bildungsministerium soll die Landeschülervertretungen und die Landeselternbeiräte bei ihren Social-Media-Auftritten unterstützen. Das hat der Landtag im Juli einstimmig gefordert. Konkret soll die Landesregierung den ehrenamtlich tätigen Schülern und Eltern auf einem jährlichen Workshop Informationen über den Umgang mit Diensten wie Instagram, X oder TikTok an die Hand geben und auch über die Risiken aufklären. Knackpunkte sind das Recht am eigenen Bild, Persönlichkeitsrechte der Follower und Profit-Interessen der Konzerne, die hinter den Plattformen stehen.

Bildungsministerin Karin Prien (CDU) berichtete, dass mit den Schülervertretungen bereits eine Einigung erzielt worden sei. Die SPD hatte die Debatte mit ihrer Forderung nach einem „Leitfaden zur Kommunikation und Social-Media-Nutzung“ angestoßen. Die Arbeit der Schüler- und Elternvertreter sei kein Hobby, sondern ein anspruchsvolles Ehrenamt, betonte der SPD-Abgeordnete Martin Habersaat. Malte Krüger (Grüne) schlug landesweit einheitliche Mailadressen für alle Schülervertretungen vor.

Kleingärten: Die Landesregierung soll über „Sachstand, Herausforderungen und Perspektiven“ des Kleingartenwesens in Schleswig-Holstein berichten. Das hat der Landtag im Juli auf Antrag des SSW beschlossen. Der Bericht soll die demografischen Strukturen in den Kleingartenanlagen darstellen und die gesellschaftliche Bedeutung des Kleingartenwesens beschreiben, „in städtebaulicher, ökologischer und sozialer Hinsicht“. Entwicklungspotentiale sollen ebenso eine Rolle spielen wie Risiken der Pächter, etwa durch hohe Kosten oder Flächenkonkurrenz.

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie schauen wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Mitte der 1990er-Jahre drohte das Ende für die beliebten Butterfahrten.

1996:

Einsatz für „erlebnisorientierten Kurzurlaub“ auf Butterdampfern

Der Name hatte sich eingepägt, obwohl es bei diesen Reisen nicht in erster Linie um Milchprodukte und Brotbelag ging: Butterfahrt. Seit den 1950er-Jahren legten aus Schleswig-Holsteins Häfen Ausflugsdampfer ab, die einen dänischen Hafen oder auch nur einen Platz außerhalb der Dreimeilenzone ansteuerten. Die Attraktion für die Passagiere: In internationalen Gewässern konnten sie Spirituosen, Tabak und Parfüm steuerfrei – und damit deutlich günstiger als an Land – erwerben. Auch viele Fährlinien setzten auf den Duty-free-Verkauf als zusätzliches Standbein. Die Touren entwickelten sich zur beliebten Freizeitbeschäftigung und zu einem nennenswerten Wirtschaftsfaktor an der Küste, bis europäische Bestimmungen der lustigen Seefahrt ein Ende bereiteten. Im Juni 1999 stachen die letzten Butterdampfer in See. Zuvor hatte die Landespolitik vehement für den Duty-free-Handel auf dem Meer gekämpft.

Bereits 1981 drohte das Ende: Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg urteilte, dass der steuerfreie Verkauf an Bord nicht mit europäischem Recht vereinbar sei. Mit dem gemeinsamen Binnenmarkt deutete sich 1993 das endgültige Aus an. Die EU legte eine Gnadenfrist bis Mitte 1999 fest. Diese Übergangsperiode müsse verlängert werden, forderte die oppositionelle CDU im Dezember 1996 im Kieler Landtag und verwies auf rund 3.000 Arbeitsplätze im Lande, die bedroht seien, wenn der preiswerte Schnaps keine Fahrgäste mehr anlocken sollte. Der steuerfreie Verkauf machte bis zu 40 Prozent des Umsatzes auf den Fährlinien aus. Es ging deutsch-



Butterfahrt über die Flensburger Förde nach Dänemark: der Ausflugsdampfer „Nordertor“

landweit um einen Jahresumsatz von 180 Millionen DM für den zollfreien Handel.

Maurus: „Ohne Duty-free explodieren die Fahrpreise“

Der „kostengünstige, erlebnisorientierte Kurzurlaub“ sei bedroht, so der CDU-Abgeordnete Heinz Maurus im Landtagsplenum, denn ohne die Extra-Einnahmen aus dem zollfreien Handel müssten die Reeder die Fahrpreise deutlich anheben. Ein Unternehmer von der Westküste habe ihm vorgerechnet, dass der Preis von 4,50 DM auf 18 DM pro Person steigen müsste, um den Törn kostendeckend zu gestalten – was sich kaum ein Fahrgast leisten könne. „Wenn die steuerfreien Verkaufsmöglichkeiten in der Seefahrt tatsächlich Mitte 1999 enden, gefährdet dies insbesondere viele kleinere und mittelständische Schifffahrtsunternehmen, die dann überflüssig werdendes Personal entlassen müssen“, warnte Maurus: „Zulieferer wie Schiffs-

ausrüster, Busunternehmen bis hin zu den kleineren Werften Norddeutschlands werden davon ebenso betroffen sein wie die gesamte Tourismusbranche in der Region.“

Vertreter der frisch installierten rot-grünen Regierungskoalition stimmten dem Unionsantrag zu. Ohne Duty-free-Handel müsste die Fährlinie Kiel-Langeland ihre Preise „um den Faktor 9 erhöhen“, so der SPD-Abgeordnete Bernd Saxe: „Es gehört zweifellos wenig Fantasie dazu, sich vorzustellen, dass der Reiseverkehr auf der Ostsee deutlich zurückginge, ja dass manche Linie ihren Betrieb wohl einstellen müsste, wenn dieser Faktor zum Tragen käme.“ Damit stünden auch Auto- und Lkw-Fahren zur Disposition. „Das heißt, Verkehre, die bislang ökologisch sinnvoll über die nasse Autobahn, also die Ostsee, abgewickelt wurden, würden zukünftig vermehrt auf den Landweg verdrängt“, merkte der spätere Lübecker Bürgermeister an.



Unterschiedliche Meinungen zum Freizeitvergnügen auf hoher See (v. li.): Heinz Maurus (CDU), Monika Heinold (Grüne), Wirtschaftsminister Peer Steinbrück (SPD)

Heinold: „Unglaublicher Alkoholkonsum – auch bei Jugendlichen“

Auch die Grünen, die erste seit wenigen Monaten im Parlament saßen, unterstützten den CDU-Antrag, auch wenn er „gnadenlos populistisch“ und „oberflächlich“ sei und „wenig bewirken“ werde, wie die Abgeordnete Monika Heinold betonte. Sie übte Grundsatzkritik am Konzept der Butterfahrten: „Jede und jeder, die oder der schon einmal mit einem Butterdampfer gefahren ist, weiß, welch unglaublichen Alkoholkonsum es dort gibt. Es ist unverkennbar, dass auch viele Jugendliche dabei sind.“ Die CDU mache Jugendpolitik nach dem Motto: „Wir bewahren euch vor Haschisch, dafür bekommt ihr Alkohol und Zigaretten auf dem Schiff steuerfrei.“ Hinzu komme: „Aus finanzpolitischer Sicht ist die weitere Steuerfreiheit von Butterfahrten ein unbegründeter Verlust von Steuereinnahmen“, so die spätere Finanzministerin.

Diesen Punkt unterstrich FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki: „Die Duty-free-Regelung stellt nichts Anderes dar als eine politisch gewollte Steuer-subsidierung für Einkäufe in entsprechenden Shops. Eine sachliche Notwendigkeit besteht in einem Europa des freien Warenverkehrs nicht mehr.“ Dennoch stimmten auch die Liberalen für den Erhalt der Vergnügungsfahrten, denn es gehe um „tausende von Arbeitsplätzen“, so Kubicki, heute Vizepräsident

des Bundestages: „Werden die Duty-free-Shops auf Flughäfen abgeschafft, dann werden die Flugzeuge trotzdem fliegen. Die Schiffe in Schleswig-Holstein hingegen werden durch die Abschaffung des Duty-free-Handels zum Abwracken freigegeben. Das wollen wir politisch nicht.“

Ähnlich sah das der SSW-Abgeordnete Peter Gerckens: „20 Fährlinien in Deutschland sind durch die drohende Abschaffung des zollfreien Handels in Gefahr.“ Er verwies darauf, dass Butterfahrten eine „kulturelle und soziale Einrichtung“ seien: „Nicht zuletzt spricht man ja von einem ‚Riesenseniorenprogramm‘, gerade im Flensburger Raum. Die Flensburger Petuh-Tanten, die immer noch viele Tage ihres Rentnerlebens gemeinsam mit ihren Freunden auf dem Butterdampfer verbringen, gibt es auch heute noch.“

Steinbrück: „Bund müsste auf Steuern verzichten“

Wirtschaftsminister Peer Steinbrück (SPD) hieb in die gleiche Kerbe: „Dieser Tax-free-Handel ist in ohnehin strukturschwachen Küstenregionen unseres Landes ein Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor, an dem wir nicht vorbeikommen.“ Allerdings sei der Weg zur Rettung lang und kompliziert. Der Bundesfinanzminister, zu diesem Zeitpunkt der CSU-Politiker Theo Waigel, müsse „seine Bereitschaft zu entsprechenden Steuermindereinnahmen

erklären“. Dann müssten die Ressortchefs aller damals 15 EU-Mitgliedstaaten den Plan unterstützen, und schließlich müsse die EU-Kommission zustimmen. Er werde zunächst im Ostseeraum nach Verbündeten suchen, kündigte der spätere NRW-Ministerpräsident, Bundesfinanzminister und SPD-Kanzlerkandidat an.

Steinbrück setzte in der Tat zahlreiche Räder in Bewegung: Er lud die Wirtschaftsminister der Nord-Bundesländer zu einer Sonderkonferenz nach Kiel und brachte einen gemeinsamen Beschluss auf den Weg, er traf sich mit den EU-Kommissaren Mario Monti und Neil Kinnock, er sprach sich mit den Regierungen von Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland ab, und er organisierte einen „Parlamentarischen Abend“ in Bonn, wo Abgeordnete mit leitenden Beamten und Verbandsvertretern zusammenkamen.

Allerdings: Die Mühe war vergebens, Brüssel blieb bei seiner harten Linie. Am 30. Juni 1999 ging die Ära der Butterfahrten zu Ende, und viele Schiffe blieben danach am Kai liegen. Betroffen waren neben Ausflugsdampfern auch einige Ostseefahrten, etwa die Linie von Kiel nach Bagenkop auf der dänischen Insel Langeland. Nach Verbot der Butterfahrten verloren viele Angestellte ihren Arbeitsplatz. Die Schiffe wurden abgewrackt oder fanden neue Einsatzorte in Südosteuropa, Nordafrika und im Nahen Osten.

Karsten Blaas

Sport: „ein volkswirtschaftlicher Gigant“

Der Sport fördert nicht nur Gesundheit und sozialen Zusammenhalt – er ist in Schleswig-Holstein auch ein zentraler Wirtschaftsfaktor. Das belegt eine aktuelle Studie. Vor diesem Hintergrund hat Landtagspräsidentin Kristina Herbst Anfang Juli mit Spitzenvertretern aus Sport und Wirtschaft diskutiert. Es war der zweite Termin der Veranstaltungsreihe „Politik trifft Sport“.

Laut der Studie des Landessportverbands über den „Wert des Sports im Sportland Schleswig-Holstein“ wird in diesem Bereich mit Gütern und Dienstleistungen ein jährlicher Umsatz von mehr als sieben Milliarden Euro erwirtschaftet. Der Sektor hat knapp 52.000 Arbeitsplätze. „Ich denke, wir sind mit dem Sport in Schleswig-Holstein gut aufgestellt“, sagte Landtagspräsidentin Herbst. Die Menschen im Lande seien nicht nur die glücklichsten bundesweit, sondern zählten auch zu den sportlichsten. „Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass die Lage der öffentlichen Haushalte aktuell schwieriger wird.“ Insofern gehe es nicht nur um die Frage, wieviel öffentliche Mittel in den Sport hineingegeben werden, sondern auch darum, wieviel als Output herauskomme.

Hans-Jakob Tiessen, Präsident des Landessportverbandes, nannte den Sport einen „volkswirtschaftlichen Giganten“. Er zeigte sich erfreut, dass die Vereine im Lande nach der Corona-Pandemie einen Mitglieder-

zuwachs verzeichnet hätten: „Damit hatte ich nicht gerechnet.“ Die Studie belege zudem, dass auch die wirtschaftlichen Zahlen der Branche besser seien als vor Corona.

Knud Hansen, Unternehmer und Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Kiel, blickte auf die zum Zeitpunkt der Diskussion laufende Fußball-Europameisterschaft: „Man sieht ganz aktuell, was sportliche Großveranstaltungen in Deutschland bewirken können. Sie schaffen gerade in dieser Zeit, die für alle sehr herausfordernd ist, eine positive Stimmung.“ Der IHK-Präsident wies auf die Verbindung des Sports zu Industrie, Handwerk und Handel hin – beispielsweise beim Bau und bei der Sanierung

von Sportstätten oder beim Verkauf von Sportausrüstung.

Wolfgang Schwenke, Vizepräsident und Kaufmännischer Geschäftsführer des Fußballbundesligisten Holstein Kiel, merkte an, dass auch der Breitensport vom Aufstieg seines Vereins profitiere. Die KSV Holstein sei ein bedeutender Auftraggeber für die lokale Wirtschaft und ein wichtiger Steuerzahler. Die Unterstützung aus der Wirtschaft sei für Spitzensportler entscheidend, so Lauritz Schoof, Arzt und zweifacher Olympiasieger im Rudern. Schoof unterstrich auch die präventive Wirkung des Sports beim Erhalt der Gesundheit. Aus ärztlicher Sicht sei auch das ein Aspekt, der bei der Betrachtung der ökonomischen Kraft des Sports berücksichtigt werden müsse.



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion im Schleswig-Holstein-Saal des Landeshauses (v. li.): Moderator Andreas Käckell; Prof. Jens Flatau (CAU Kiel); Landtagspräsidentin Kristina Herbst; KSV-Geschäftsführer Wolfgang Schwenke; IHK-Präsident Knud Hansen; Hans-Jakob Tiessen, Präsident des Landessportverbandes; Olympiasieger Lauritz Schoof

Herbst zur Europeada: „Symbol für den Zusammenhalt der Minderheiten“

Anfang Juli, eine Woche vor dem Endspiel der „großen“ Fußball-EM in Deutschland, ist die Europeada mit den Finalspielen der Frauen und der Männer in Flensburg zu Ende gegangen. Ausgetragen wurde die Europameisterschaft der autochthonen nationalen Minderheiten erstmals in der deutsch-dänischen Grenzregion. Neun Damen- und 24 Herrenteam traten im Wettkampf um die hölzernen Pokale an.

Landtagspräsidentin Kristina Herbst hob nach dem Endspiel der Damen die Bedeutung des Sportereignisses hervor: „Die Europeada ist ein Symbol für die Stärke und den Zusammenhalt der Minderheiten in Europa und für die europäische Idee insgesamt. Sie erinnert uns daran, dass wir durch das Leben unserer Unterschiede eine starke, vielfältige Gemeinschaft formen können.“ Herbst dankte

auch den zahlreichen ehrenamtlichen Helfern.

Bei den Männern ging der Titel an das Team aus dem Friaul in Nordostitalien, das die Okzitanier aus Südwestfrankreich mit 2:0 schlug. Das Frauenturnier gewannen die Südtirolerinnen mit 11:1 gegen Nordfriesland, Platz drei ging an die dänische Minderheit in Südschleswig.



Kiel, Holstein-Stadion, 11. Mai: Vor dem entscheidenden Spiel um den Bundesliga-Aufstieg gegen Fortuna Düsseldorf brennen Kieler Fans auf der Tribüne Bengalische Feuer ab. Insgesamt musste die KSV Holstein in der vergangenen Saison rund 250.000 Euro Strafgebühren an den Deutschen Fußballbund (DFB) entrichten. Allein für das Spiel gegen Düsseldorf waren 65.400 Euro fällig. Das DFB-Sportgericht bemängelte den Einsatz von 62 Bengalischen Feuern, zwölf Blinkern und zehn Rauchtöpfen auf den Rängen, hinzu kamen ein Platzsturm und ein tätlicher Angriff auf den gegnerischen Torhüter. Die KSV kann einen Teil der Summe für sicherheitstechnische oder gewaltpräventive Maßnahmen verwenden. Der Streit zwischen Ultra-Fans, Vereinen und DFB schwelt seit Jahren: Ultras betrachten Pyrotechnik als Teil der Fußballkultur, der Gebrauch im Stadion ist jedoch verboten, und der DFB bittet die Vereine für das Fehlverhalten ihrer Anhänger regelmäßig zur Kasse.

Nein zu Pilotprojekt

Pyrotechnik im Stadion bleibt verboten

Bengalos und Böller gehören für viele Ultra-Fans zum Stadionelebnis dazu – aber ihre Vereine bekommen saftige Geldstrafen aufgebrummt, wenn Feuerwerk den Fußball begleitet. Unter dem Motto „Pyrotechnik ist doch kein Verbrechen“ hat die FDP im Juli einen Vorschlag auf den Tisch gelegt, um den seit Jahren schwelenden Konflikt zu entschärfen. Die Liberalen machten sich für ein Pilotprojekt zum kontrollierten Einsatz von Pyrotechnik im Kieler Holstein-Stadion und im Lübecker Stadion an der Lohmühle stark. SPD und SSW stimmten zu, die Koalition lehnte den Vorstoß jedoch vehement ab.

Pyrotechnik sei Ausdruck der „emotionalen Hingabe der Fans für ihren Verein“, sagte Annabell Krämer (FDP). Konkret hatten die Freidemokraten mehrere „Pilotaktionen“ im Lande vorgeschlagen, bei denen Rauchfackeln, die nicht unter das Sprengstoffgesetz fallen, abgebrannt werden dürfen – in abgesperrten Bereichen, von einem bekannten Personenkreis und zu einem vorher festgelegten Zeitpunkt. Dies sollte wissenschaftlich begleitet

werden. Die FDP verweist auf die Initiative „Pyrotechnik legalisieren“, die mehr als 50 deutsche Ultra-Gruppen auf den Weg gebracht haben. „Wir wollen die Spirale aus Kriminalisierung der Fans und der Gefährdung der Zuschauer durch das legale und verantwortungsbewusste Abbrennen von Pyrotechnik im Stadion durchbrechen“, betonte Krämer: „Die Ultras sind nicht das Problem, sondern Teil der Lösung.“

Ministerin blickt auf Testlauf in Norwegen

„Pyrotechnik ist Teil der Fankultur“, sagte auch Kianusch Stender (SPD): „Pyrotechnik gab es immer und wird es immer geben.“ Oberste Priorität beim Abbrennen müsse aber stets „die Sicherheit aller Anwesenden“ haben. Lars Harms (SSW) erinnerte an die verhärteten Fronten zwischen Ultras und Fußball-Funktionären: „Da wir das Problem mit den bisherigen Methoden nicht in den Griff bekommen, sollten wir einen anderen Weg einschlagen.“ Wer den Pilotversuch ablehne, verschließe sich der Realität.

Martin Balasus (CDU) nannte den FDP-Antrag „einen guten Gag, aber mitnichten

eine gute Politik“. Es werde nichts verbessern, „Illegales einfach für legal zu erklären“. Die FDP wolle sich „bei den Fans anbieten“. Die Ultras würden sich nicht an die Absprachen halten, mutmaßte Balasus: „Es wird weiter unerlaubtes und unkontrolliertes Zündeln geben.“ Der Inhalt des FDP-Antrags sei „ungefähr genauso neu wie das Zulassen von Trikotwerbung in der Bundesliga“, sagte Jan Kürschner (Grüne). Seit 2007 habe es bereits 32 Studien zu diesem Thema gegeben. Wenn „Entkriminalisierung“ das Ziel sei, dann könne man auch gleich das Schwarzfahren aus dem Strafgesetzbuch streichen.

„Pyrotechnik auf den Rängen ist ein Sicherheitsrisiko“, unterstrich Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU). Selbst die von den Liberalen vorgeschlagene „kalte Pyrotechnik“ sei 230 Grad heiß und könne zu schweren Verletzungen führen. Die Ministerin verwies auf eine laufende Testreihe in Norwegen und die anschließende Auswertung in der Innenminister- und der Sportministerkonferenz: „So lange bleibt der Einsatz von Pyrotechnik in Stadien verboten.“

Bundesjugendspiele: Streit um Leistung und Wettbewerb

Die FDP will den Leistungsgedanken bei den Bundesjugendspielen an Grundschulen stärken. Nach Willen der Liberalen soll in der 3. und 4. Klasse, wie bis 2022 üblich, auch künftig wieder der Wettkampf möglich sein. Die CDU sprach sich im Juli für die Wahlfreiheit aus – die Schulen sollten selbst entscheiden können, in welcher Form sie das sportliche Können ihrer Schüler testen. Grüne, SPD und SSW warnten hingegen davor, schwächeren Schülern mit Leistungsdruck die Freude am Sport zu nehmen.

Hintergrund der Debatte war ein Beschluss des Kuratoriums der Bundesjugendspiele, wonach die jährlichen Leichtathletik- und Schwimmprüfungen bis zur vierten Klasse nur noch als Wettbewerb und nicht mehr als Wettkampf organisiert werden sollen. Der Unterschied: Beim Wettbewerb treten die Schüler nur innerhalb einer Klasse oder Jahrgangsguppe gegeneinander an. Beim Wettkampf müssen sie sich dagegen anhand der Leistungsdaten einer bundesweiten Punkteliste behaupten.

Dieser Beschluss sei ein „Fehler“ gewesen, den es zu korrigieren gelte, sagte FDP-Fraktionschef Christopher Vogt. Die Schule müsse einen „positiven Wettkampf- und Leistungsgedanken“ vermitteln, damit Kinder auch Frustrationstoleranz und einen „angemessenen Umgang mit Sieg und Niederlage“ lernen. Auch Martin Balasus (CDU) sprach von einer „sportlichen Fehlentscheidung“. Er appellierte an die Sportverbände, die die Entschärfung durchgesetzt hatten, ihre Position zu

überdenken. „Spaß und Wettkampf müssen kein Gegensatz sein“, so Balasus. „Man darf Kinder nicht vor allen Enttäuschungen schützen“, denn diese gehörten zum Leben dazu.

Die Bundesjugendspiele bräuchten eine breite gesellschaftliche Akzeptanz, betonte Bildungsministerin Karin Prien (CDU). Schulen, die den Wettkampf wiedereinführen wollten, sollten dies auch tun können. Prien kündigte an, das Thema in der Kultusministerkonferenz noch einmal anzusprechen „und über eine bessere Ausschreibung für das kommende Jahr zu beraten“.

Freude an Bewegung oder ein „Graus“ für viele Schüler?

Hauptziel müsse es sein, so Malte Krüger (Grüne), „dass junge Menschen Spaß am Sport und Freude an Bewegung haben“. Leistungsorientierte Wettkämpfe seien jedoch „für viele Schüler ein Graus“ und hätten letztlich den gegenteiligen Effekt. Ähnlich sah das Kianusch Stender (SPD). Kindern solle „Lust an der Bewegung“ vermittelt werden, aber „wie willst du Leistung erbringen, wenn du schon in der Grundschule ein Trauma von Sportveranstaltungen davonträgst?“ Lars Harms (SSW) wies darauf hin, dass auch der jetzt praktizierte Wettbewerb, bei dem Klassenkameraden mit- und gegeneinander antreten, den Leistungsgedanken enthalte – nur sei dieser „altersgemäß“ gestaltet und „klüger verpackt“. Der FDP-Antrag wurde mehrheitlich abgewiesen.



Generationen von bundesdeutschen Schulkindern haben Freud und Leid der Bundesjugendspiele kennengelernt. Den alljährlichen Sportvergleich in Leichtathletik, Turnen und Schwimmen gibt es seit 1951. Die Teilnahme ist seit 1979 für die Jahrgangsstufen 1 bis 10 verpflichtend. Die erzielten Leistungen im Laufen, Werfen und Springen, an Barren, Reck und Sprungkasten sowie im Schwimmbecken, werden mit Punkten bewertet. Wer eine bestimmte Mindestpunktzahl erreicht, erhält als Anerkennung eine Siegerurkunde, ab einer höheren Punktegrenze eine Ehrenurkunde. Alle anderen bekommen seit 1991 eine Teilnahmeurkunde. Die Details legt ein Kuratorium fest, in dem die Kultusminister der Länder, der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) und das Bundesfamilienministerium vertreten sind.

Erste-Hilfe-Kurse im Schulunterricht

Möglichst viele Schulkinder sollen im Unterricht Erste Hilfe lernen. Diese Anregung hat der Landtag einstimmig an die Landesregierung gerichtet. „Kinder müssen – und wollen auch gerne – lernen, mit kritischen Situationen umzugehen“, sagte der Abgeordnete Christian Dirschauer, dessen SSW-Fraktion die Initiative angestoßen hatte. Es gehe darum, früh zu wissen, was in Notfällen zu tun ist: „Wenn Erste-Hilfe-Abläufe geübt werden, haben im Notfall alle einen Vorteil.“

„Wer erinnert sich noch an die stabile Seitenlage und an die Wiederbelebungsbildungen?“ fragte Dirschauer und blickte nach Dänemark, wo Erste-Hilfe-Kurse seit 2005 Bestandteil des Unterrichts seien. Die Folge: Die „Laienreanimationsquote“ sei von 20 auf 60 Prozent gestiegen, und die Überlebensquote habe sich verdreifacht. Der SSW fordert zwei Stunden Erste Hilfe pro Schuljahr, „altersgerecht“ von der Grundschule bis zur Abschlussprüfung.



© dpa/Patrick Pleul

Die Landesregierung habe ihre Bemühungen in den vergangenen Jahren „deutlich ausgebaut“, unterstrich Bildungsministerin Karin Prien (CDU). So seien gemeinsam mit den Rettungsdiensten Unterrichtsmaterialien erarbeitet worden, an 200 weiterführenden Schulen gebe es Schulsanitätsdienste, und beim Projekt „Retten macht Schule“ würden Lehrkräfte in der Wiederbelebung und im Umgang mit einem Defibrillator trainiert. Ein Pflicht-Unterricht für alle sei jedoch „schwierig“, so die Ministerin. Die Kosten lägen bei etwa 800.000 Euro pro Jahr. Und: Es müsse zunächst

geklärt werden, wie viele Ausbilder zur Verfügung stünden. Die Ausbildung der Schulsanitäter übernehmen die Hilfsorganisationen: das DRK, die DLRG, die Johanniter, der ASB und die Malteser. Ministerin Prien dankte den ehrenamtlichen Helfern.

Die Koalitionsfraktionen regen in einem Alternativantrag an, zunächst mit einem verpflichtenden Erste-Hilfe-Kurs in der 9. oder 10. Klasse sowie einer Auffrischung in der Oberstufe zu beginnen. Der Bildungsausschuss und der Sozialausschuss beraten das Thema weiter.

Landtag stützt Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk

Der Rundfunkbeitrag soll ab kommenden Jahr um 58 Cent auf 18,94 Euro pro Monat steigen. Die FDP forderte vorab eine tiefgreifende Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks. Im Juli gab es im Landtag jedoch breiten Widerstand dagegen. Die große Mehrheit unterstützte einen Antrag der Koalition, der sich zu einer „bedarfsgerechten Finanzausstattung“ bekennt und „Effizienzsteigerungen“ der Sender anmahnt. Einig waren sich die Abgeordneten darin, dass ARD, ZDF und Deutschlandradio einen unverzichtbaren Beitrag zur Meinungsbildung und zur Demokratie leisten.

Bernd Buchholz (FDP): „Wir glauben, dass es notwendig ist, den Auftrag klar zu präzisieren: eine klare Schwerpunktbildung für den Öffentlich-Rechtlichen beim Thema Information, Bildung und Kultur und eine klare Begrenzung des Unterhaltsanteils.“

Dirk Schrödter (CDU), Chef der Staatskanzlei: „Liebe FDP, wenn Sie über Auftrag reden, müssen Sie auch sagen, auf welchen Sender Sie konkret verzichten wollen. Soll es der Saarländische Rundfunk sein? Soll es Radio Bremen sein? Soll es der gesamte NDR sein?“

Hermann Junghans (CDU): „Reformbereitschaft ist wichtig, jedoch dürfen wir nicht vergessen, dass Qualität und Vielfalt auch ihren Preis haben.“

Jan Kürschner (Grüne): „Ja, Reformen sind notwendig. Aber sie müssen auch von innen kommen, getrieben von den Bedürfnissen der Zuschauer und den Anforderungen des digitalen Zeitalters.“

Beate Raudies (SPD): „Das Finanzmodell, das guten Qualitätsjournalismus unterstützte, funktioniert in Zeiten von Facebook und Google nicht mehr. Das ist nicht gut, denn Pressefreiheit und unabhängiger Journalismus sind die Basis für Informations- und Meinungsfreiheit.“

Lars Harms (SSW): „Wir haben keinen Staatsfunk, sondern wir haben öffentlich-rechtliche Sender, die unabhängig arbeiten können, auch unabhängig von der Politik. Deswegen bin ich froh, dass wir diese Sender haben.“

Landesgeld nur mit Bekenntnis zur Vielfalt? Opposition sieht juristische Fallstricke

Wer Fördergelder des Landes abschöpfen will, etwa im Bereich Kunst und Kultur, muss möglicherweise in Zukunft ein Bekenntnis zu gesellschaftlicher Vielfalt und gegen Antisemitismus ablegen. CDU und Grüne haben dem Landtag vorgeschlagen, eine „Antidiskriminierungsklausel“ in die Landeshaushaltsordnung einzufügen. Die Opposition zeigte sich im Juli zwar mit der Stoßrichtung einverstanden, mahnte aber eine juristisch wasserdichte Formulierung an.

Nach Willen der Koalition soll die Gewährung von Zuwendungen unter die Bedingung gestellt werden, dass die Empfänger sich „zu einer vielfältigen Gesellschaft bekennen und gegen jedwede Diskriminierung und Ausgrenzung stellen und jede Form von Antisemitismus ablehnen“. Der Staat dürfe in seiner Förderpraxis keine „unbeschränkte Toleranz“ gegenüber Extremisten an den Tag legen, mahnte Marion Schiefer (CDU). Dies sei ein „Schutzauftrag von Verfassungsrang“. Der Staat sei berechtigt, in die „Meinungsfreiheit der Antragsteller“ einzugreifen und nicht



Marion Schiefer (CDU): „Eine liberale Demokratie zu sein, bedeutet nicht, extremistische Umtriebe als Ausdruck von Meinungsfreiheit ohne Widerspruch akzeptieren zu müssen oder sie sogar mit Landesmitteln zu fördern.“

„aus Landesmitteln zum Beispiel antisemitische Inhalte zu finanzieren“. Uta Röpcke (Grüne) verwies auf die Kunstausstellung „Documenta“ in Kassel im Jahr



Uta Röpcke (Grüne): „Kunst- und Meinungsfreiheit und die Ablehnung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind kein Gegensatz. Diese beiden Verfassungsprinzipien stehen gleichrangig nebeneinander.“

2022, die von Antisemitismusvorwürfen überschattet war. Es müsse „gesamtgemeinschaftlich formulierte rote Linien“ gegen derartige Tendenzen geben. Der Hamas-Überfall auf Israel im Oktober 2023, so Kulturministerin Karin Prien (CDU), sei der „Beginn eines neuen globalen antisemitischen Kriegs“ gewesen. Es habe einen „dramatischen Anstieg antisemitischer Vorfälle und Straftaten“ gegeben. Darauf müsse das Land „mit klaren Worten, mit einem klaren politischen Kompass und Taten reagieren“.

Alternative Formulierungen auf dem Tisch

SSW und FDP haben Änderungsanträge vorgelegt, in denen sie die verfassungsmäßigen Grundrechte als Bezugspunkt für die staatliche Mittelvergabe anführen. Dazu zählen für den SSW die Gleichberechtigung von Mann und Frau, das Diskriminierungsverbot und der Schutz nationaler Minderheiten. Der Vielfaltsbegriff der Koalition sei

„juristisch auslegbar und angreifbar“, sagte der Fraktionsvorsitzende Lars Harms. So sei der Ausdruck „vielfältige Gesellschaft“ nicht ausreichend rechtssicher: „Jeder stellt sich etwas Anderes darunter vor.“ Zudem sei die Pflicht zu einem bestimmten Bekenntnis ein „Eingriff in die negative Meinungsfreiheit“ – nämlich in die Freiheit, eine Meinung nicht zu äußern.

„Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht“, monierte Annabell Krämer (FDP). Schwarz-Grün jongliere mit unbestimmten Rechtsbegriffen. Als „klare juristische Definition“ schlugen die Freidemokraten einen Verweis auf das Diskriminierungsverbot und die Glaubensfreiheit vor, wie sie im Grundgesetz verankert sind. Der Ansatz von CDU und Grünen sei zwar „total sympathisch“, so Martin Habersaat (SPD), aber der Versuch, „in sieben Zeilen Antisemitismus zu definieren“, könne nur zu kurz greifen. Habersaat verwies auf Berlin, wo ein vergleichbares Gesetz beschlossen wurde – und wegen rechtlicher Unklarheiten nur einen Monat in Kraft gewesen sei. Die drei Entwürfe werden im Innen- und Rechtsausschuss sowie im Finanz- und im Bildungsausschuss weiter beraten.



Martin Habersaat (SPD): „Es ist ehrenhaft, sich von allen das Gut-Sein schriftlich bescheinigen zu lassen. Aber mal ehrlich: Wer ein hassgetränkter Antisemit ist, der wird nicht vorm Kreuz an der falschen Stelle zurückschrecken.“

Landtag fordert „Kraftanstrengung“ für Post-Covid-Patienten

Die Corona-Pandemie gilt inzwischen als weitgehend überwunden – aber tausende Menschen in Schleswig-Holstein leiden immer noch an den Nachwirkungen. Post Covid, Long Covid, ME/CFS und Post Vac belasten den Alltag der Erkrankten erheblich, und Therapien gibt es derzeit nicht. Vor diesem Hintergrund hat der Landtag im Juli mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für die Betroffenen gefordert.

Nach Zahlen der Patienten-Initiative „Nicht Genesen“ geht es um 91.000 Menschen im Lande. Ein Großteil komme aus Gesundheits- und Sozialberufen, so Birte Pauls (SPD). Frauen seien überdurchschnittlich häufig betroffen. Die Patienten wünschten sich „ihr ganz normales Leben zurück“, sagte Dagmar Hildebrand (CDU). Erst wenn das erreicht sei, „können wir die Nachwehen der Pandemie hinter uns lassen“.

Jasper Balke (Grüne) forderte „vom gesamten Gesundheitssystem eine große Kraftanstrengung“. Er kritisierte, dass die Krankenkassen die Kosten für bestimmte Therapien nicht übernehmen: „Das passt überhaupt nicht in unser Solidarsystem.“ Es gebe zu wenige Anlaufstellen für Erkrankte, so Christian Dirschauer (SSW), insbesondere im ländlichen Raum. Auch Selbsthilfegruppen bekämen „kaum Unterstützung“ vom Land.

Der ehemalige Gesundheitsminister Heiner Garg (FDP) sprach sich für eine politische Aufarbeitung der Corona-Pandemie aus: Das würde „endlich wieder Vertrauen in der Bevölkerung schaffen“. Corona habe allein in Deutschland 182.981 Todesopfer gefordert. Eine Infektion sei „kein alberner Schnupfen gewesen“, obwohl „viel zu viele Idioten“ versuchten, dies weiszumachen.

Hilfsangebote im Lande

Betroffene können sich an die Spezialambulanzen der Unikliniken in Kiel (für Erwachsene) und Lübeck (für Kinder und Jugendliche) wenden. Zahlreiche Krankenhäuser bieten Behandlungen an, es gibt zudem ambulante Betreuungsangebote. Insgesamt sei die medizinische Versorgung im Lande „ausreichend“, wie das Gesundheitsministerium in einem Bericht ausführt. Aber: Spezifische Therapien seien „bisher nicht etabliert“. Das Land unterstützt drei Forschungsprojekte des UKSH mit insgesamt 3,1 Millionen Euro, in denen es um die Versorgung von Patienten mit schwerem Post Covid und um die Erforschung von Langzeitfolgen geht.

Patienteninitiative startet Petition

Vertreter der Patienteninitiative „Nicht genesen“ fordern die Politik auf, Forschung, Aufklärung und Therapieangebote im Bereich Post Covid deutlich stärker zu fördern. Mehr als 2.500 Unterstützer haben eine entsprechende Petition mitgezeichnet, Ende Mai waren die Initiatorinnen im Petitionsausschuss zu Gast.

Von einem „Versorgungsskandal“ und „einer medizinischen Katastrophe vor unserer Haustür“ sprach die Kielerin Barbara von Eltz. Die Hauptinitiatorin der Petition leidet selbst unter ME/CFS. Betroffene seien im Extremfall an den Rollstuhl gefesselt oder bettlägerig. Ein Kernproblem: Ärzte erkennen ME/CFS oft nicht. „Diese Erkrankung kommt in der medizinischen Ausbildung überhaupt nicht vor“, so von Eltz. Vitaminpräparate oder Blutauffrischungen, die das Leiden lindern, müssten die Patienten selbst bezahlen, weil die Krankenkassen das Fatigue-Syndrom nicht anerkennen würden. „Die Darstellung deckt sich mit dem, was wir erleben“, stellte Prof. Jan Heyckendorf vom UKSH in Kiel fest: „Die Versorgung ist eine Herausforderung, weil der Bedarf im Gesundheitssystem nicht adäquat widerspiegelt wird.“



Infektion mit Langzeitfolgen: Die Forschung spricht von Long Covid und Post Covid, wenn Corona-Symptome wie Fieber, Lungenleiden oder Erschöpfung auch Monate nach der Infektion noch anhalten. Eine Corona-Erkrankung kann auch zu einer Myalgischen Enzephalomyelitis und einem Chronischen Fatigue-Syndrom (ME/CFS) führen. Bei Post Vac werden ähnliche Symptome auf die Folge einer Corona-Impfung zurückgeführt. Für alle Krankheitsbilder fordern Betroffene mehr Engagement von Politik und Medizin.

Personalmangel am UKSH: „Lage hat sich entspannt“

Die angespannte Personalsituation am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) hat im Sommer die Öffentlichkeit alarmiert: Geplante Operationen mussten abgesagt werden, insbesondere am Standort Kiel. Inzwischen habe sich die Lage entspannt, berichtete Bildungsministerin Karin Prien (CDU) Ende September. Dennoch gebe es strukturelle Probleme, hieß es bei den Abgeordneten.

Im Juli seien im Schnitt pro Tag 4,8 von 30 Operationssälen in Kiel ausgefallen, so Prien. Dadurch seien dem Klinikum Einnahmen von 2,8 Millionen Euro, gerechnet aufs Quartal, entgangen. Geplante Operationen seien „streng nach medizinischer Dringlichkeit“ abgesagt worden, „höchste Notfälle“ seien stets versorgt worden. Das UKSH bekämpfe seine Personalprobleme durch Anwerbemaßnahmen im Ausland, Weiterbildungen und die Reaktivierung ehemaliger Mitarbeiter. „Aus meiner Sicht hat das UKSH schnell, flexibel und lösungsorientiert gehandelt“, betonte die Ministerin.

Heiner Garg (FDP), der den Regierungsbericht beantragt hatte, machte ein

„generelles, strukturelles Problem“ am UKSH aus: „Unzufriedenheit bei vielen Mitarbeitern“ und eine „Kündigungswelle, in bestimmten Bereichen einen wahren Exodus“. „Grund für abgesagte OPs ist der chronische Fachkräftemangel“, befand auch Birte Pauls (SPD). Das Personal, egal ob Ärzte oder im Pflegebereich, dürfe nicht dauernd überlastet werden. Knapp zehn Prozent Unterbesetzung im Pflegebereich seien keine Ausnahme, so Christian Dirschauer (SSW).

Das Uniklinikum sei der einzige Maximalversorger im Lande und damit „ein Haus, das alles auffangen muss“, betonte Werner Kalinka (CDU): „Da kann es durchaus mal vorkommen, dass es Probleme gibt.“ Auch



Die Situation am Klinikum habe sich zwar verbessert, so der FDP-Abgeordnete und ehemalige Gesundheitsminister Heiner Garg – aber sie sei „noch nicht auf dem Niveau, auf dem sie sein sollte“.

Jasper Balke (Grüne) merkte an: „Diese Personalschwierigkeiten bestehen in jedem Krankenhaus.“ Die „wahre Entlastung“ finde vorher statt, so Balke, nämlich im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung. Das UKSH ist mit rund 16.300 Mitarbeitern an den Standorten Kiel und Lübeck der größte Arbeitgeber Schleswig-Holsteins.

Veteranentag soll Bindung zwischen Bundeswehr und Gesellschaft stärken

Am 15. Juni soll künftig in jedem Jahr die Leistung aktiver und ehemaliger Bundeswehrsoldaten gewürdigt werden. Dieser vom Bundestag Ende April auf den Weg gebrachte „Veteranentag“ soll auch in Schleswig-Holstein angemessen begangen werden, darüber war sich der Landtag einig. Das Parlament beschloss Ende September einen entsprechenden gemeinsamen Antrag einstimmig. Ein Kernpunkt: Der Gedenktag soll die Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft untermauern, auch gegen kritische Stimmen.

Der 15. Juni wurde gewählt, weil an diesem Tag im Jahr 2019 erstmals das Veteranenabzeichen der Bundeswehr ausgehändigt wurde. Im Lande soll es eine öffentliche Veranstaltung des Landtages und der Landesregierung mit dem Landeskommando und Soldatenverbänden geben. Öffentliche Gebäude sollen beflaggt werden. Anlässlich dieses Tages sollen zudem „geschulte und einsatzerfahrene Veteraninnen und Veteranen“ gemeinsam mit Jugendoffizieren die politische Bildung an den Schulen ergänzen. Zudem sind „Veteranenkoordinatoren“ in den Kommunen angedacht.

„Im Vergleich mit vielen unserer Bündnispartner haben wir in Deutschland bei der Veteranenkultur noch einen gewissen Nachholbedarf“, sagte Christopher Vogt (FDP). Rasmus Vöge (CDU) wies darauf hin, dass seit Gründung der Bundeswehr im Jahr 1956 mehr als zehn Millionen Menschen ihren Dienst als „Bürger in Uniform“ erledigt hätten. Und Dirk Kock-Rohwer (Grüne) wünschte sich „einen Tag aus der Mitte der Gesellschaft, in der das Zuhören und der Dialog im Mittelpunkt stehen“.

„Soldaten und Reservisten haben oft den Eindruck, als schäme sich die Gesellschaft ihrer“, merkte Kai Dolgner (SPD) an. Dabei sei die Bundeswehr „eine Parlamentsarmee, die Freiheit und Demokratie gegen ihre äußeren Feinde verteidigt“. Die verbreitete „Grundskepsis“ gegenüber der Bundeswehr, so Lars Harms (SSW), habe sich seit dem russischen Angriff auf die Ukraine deutlich abgeschwächt. Bildungsministerin Karin Prien stellte in Vertretung von Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (beide CDU) fest, die Bundeswehr habe in der öffentlichen Wahrnehmung „erheblich an Bedeutung gewonnen“.



Sophia Schiebe, Lübecker SPD-Abgeordnete und stellvertretende Vorsitzende ihrer Fraktion, ist neue Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes. Sie wurde auf einer Mitgliederversammlung in Lübeck Mitte Juli gewählt. Die gelernte Pädagogin gehört dem Landtag seit 2022 an, zuvor leitete sie den Offenen Ganztags an der Grundschule Falkenfeld in Lübeck und war Projektmitarbeiterin bei „LiGa – Lernen im Ganztags“. Schiebe trat die Nachfolge von **Irene Johns** an,



die nach 22 Jahren im Amt auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte. Bei einer Verabschiedung im Landeshaus würdigte Landtagspräsidentin Kristina Herbst Johns' langjähriges Engagement und ihren „unermüdlichen Einsatz für das Wohl und die Rechte der Kinder in unserem Land“. Johns' Einsatz habe „viele positive Entwicklungen angestoßen und das Leben vieler Kinder und Familien nachhaltig verbessert“. Auch Vertreter aller Landtagsfraktionen lobten Irene Johns' Verdienste. Sie wurde auf der Mitgliederversammlung zur Ehrenvorsitzenden des schleswig-holsteinischen Landesverbands des Kinderschutzbundes gewählt.

Eka von Kalben, Grünen-Abgeordnete aus Borstel-Hohenraden (Kreis Pinneberg) und Landtagsvizepräsidentin, bleibt auch in der aktuellen 8. Mandatsperiode Vertreterin des Landes Schleswig-

Holstein im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR). Der Landtag bestätigte die ehemalige Fraktionsvorsitzende Mitte Juli einstimmig auf diesem Posten, den sie seit März 2023 innehat. Der AdR ist die Vertretung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der EU und trifft sich fünfmal jährlich in Brüssel. Zu von Kalbens Stellvertreter wählte der Landtag Landwirtschafts- und Europa-minister **Werner Schwarz** (CDU).



Dagmar Hildebrand, CDU-Abgeordnete aus Lübeck, ist seit Mitte Juli sozialpolitische Sprecherin ihrer Fraktion und Leiterin des Fraktionsarbeitskreises Soziales. Die Einzelhandelskauffrau gehört dem Landtag seit 2022 an. Sie folgt auf **Werner Kalinka**, der diesen Posten nach langjähriger Tätigkeit niedergelegt hat.

Frederik Hogrefe ist seit 1. August neuer Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Innenministerium. Der Jurist aus Kiel war zuvor in der Staatskanzlei Leiter der Stabsstelle für Verbindungs- und politische Koordinierungsangelegenheiten und davor politischer Koordinator im Justizministerium. Hogrefe ist für die Bereiche Bauen und Wohnen, Kommunales und Landesplanung zuständig. Er folgt auf **Jörg Sibbel**, der sich nach



Angaben der Landesregierung auf eigenen Wunsch aus gesundheitlichen Gründen zurückgezogen hat. Sibbels Zuständigkeit für den Bereich Bevölkerungsschutz und Ordnungsrecht ist in die Zuständigkeit von Innen-Staatssekretärin **Magdalena Finke** gewandert.

Ernst Dieter Rossmann, lange Jahre für die SPD im Landtag und im Bundestag, ist Anfang Juli in Berlin mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet worden. Damit würdigte Bundespräsident Frank Walter Steinmeier das langjährige politische Wirken des Elmshorner auf kommunaler Ebene sowie in Land und Bund. Rossmanns zwölfjährige ehrenamtliche Tätigkeit als Bundesvorsitzender des Volkshochschulverbandes wurde besonders hervorgehoben. Die Ehrung nahm Bundestagspräsidentin Bärbel Bas in Berlin vor. Der Diplom-



Psychologe und Sportwissenschaftler gehörte dem Landtag von 1987 bis 1998 an und war Landtagsvizepräsident. In seiner Zeit im Bundestag von 1998 bis 2021 war er zuletzt Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Juliane Rumpf, von 2009 bis 2012 schleswig-holsteinische Landwirtschafts- und Umweltministerin und seit Anfang Juli ehrenamtliche Landesnaturschutzbeauftragte, ist seit Juli zudem ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende der Stiftung Naturschutz. Der Stiftungsrat wählte die CDU-Politikerin auf einer Sitzung in der Schutzstation Geltinger Birk. Rumpf ist Nachfolgerin der langjährigen SPD-Landtagsabgeordneten **Sandra Redmann**, die das Amt der Vorstandsvorsitzenden nach zehn Jahren abgegeben hatte.

„Leben ohne Internet muss möglich sein“ – Altenparlament gegen „Zwangs-Digitalisierung“

Das „Recht auf analoge Teilhabe“ stand Mitte September im Zentrum des diesjährigen schleswig-holsteinischen Altenparlaments. Behörden, Arztpraxen und Banken müssten auch ohne Computer oder Smartphone erreichbar sein, forderten die rund 80 Delegierten aus Seniorenräten, Sozialverbänden, Parteien und Gewerkschaften.

Die Landespolitik müsse ein „Leben mit und ohne Internet“ ermöglichen, heißt es in dem Forderungskatalog, den die Teilnehmer zwischen 60 und 85 Jahren im Plenarsaal beschlossen haben. Der „analoge Weg der Information und Versorgung der älteren Menschen“ müsse „gleichberechtigt im Gesetz verankert“ werden: „Wir fordern die Sicherstellung analoger Lösungen – mit Kontaktmöglichkeiten per Telefon, Post oder persönlich.“ Auch die „Zwangs-Digitalisierung in der Personenbeförderung“ ist den Altenparlamentariern ein Dorn im Auge. Sie kritisieren, dass das Deutschlandticket bei vielen Anbietern nicht mehr als Chipkarte, sondern nur noch per App verfügbar ist und dass die Deutsche Bahn bestimmte Sparangebote nicht mehr am Fahrkartenautomaten bereit-

hält. Zugleich ruft das Altenparlament die Politik auf, das Digital-Training für Senioren, etwa an den Volkshochschulen, stärker zu fördern.

Landtagspräsidentin Kristina Herbst äußerte in ihrem Grußwort Verständnis für die Anregungen: „Medienkompetenz ist für uns alle ein wichtiger Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Zugleich dürfen wir aber diejenigen nicht aus dem Blick verlieren, die über diese Kompetenzen nicht verfügen.“ Herbst betonte: „Bei Behörden oder Gesundheitseinrichtungen müssen analoge Zugänge geöffnet bleiben, um Menschen ohne entsprechende technische Geräte oder Kenntnisse nicht auszuschließen.“

Es war die 36. Auflage des Altenparlaments, das „eine feste Größe in der politischen Landschaft unseres Bundeslandes“ sei, wie Herbst hervorhob. Das jährliche Treffen gebe „verlässlich wertvolle Impulse für die Debatten des Schleswig-Holsteinischen Landtages“. An der Beratung nahmen auch Abgeordnete aus allen Fraktionen teil. Das Abschlusspapier wird nun den Landtagsfraktionen, der Landesregierung und den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten vorgelegt.

Weitere Beschlüsse des Altenparlaments

- **Krankenhäuser** sollen Übernachtungsmöglichkeiten für Angehörige bereithalten.
- Der Eigenanteil für Bewohner von **Alten- und Pflegeheimen** soll bei 1.200 Euro pro Monat gedeckelt werden.
- Das Land soll ein Modellprojekt für „**Vor-Ort-Kräfte**“ einrichten, die „präventive Hausbesuche“ bei Senioren abstaten.
- Die Deutsche **Post** soll keine **Filialen** mehr schließen und dort, wo eine Versorgungslücke besteht, „fußläufig“ neue Angebote schaffen.
- Bushaltestellen und Bahnhöfe sollen „zügiger als bisher“ **barrierefrei** umgebaut werden.
- Das Land soll 1,5 Millionen Euro zur Förderung von **Bürgerbussen** bereitstellen.
- Das **UKW-Radio**, das im Lande bis 2031 abgeschaltet werden soll, soll erhalten bleiben.



Im Altenparlament kommen seit 1989 Delegierte des Landesseniorenrats, der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände, des Sozialverbands Deutschland, des Landessportverbands, der Gewerkschaften, der Beamtenvertretungen und der Parteien zusammen, um gemeinsam Anregungen an die Politik zu formulieren. Die Fraktionen und Ministerien nehmen dazu Stellung. Diese Stellungnahmen bilden wiederum die Grundlage für eine Abschlussdiskussion im kommenden Frühjahr.

Zukunftsforscher Reinhardt: „Nichts war früher besser als heute“

„In Zukunft wird alles besser sein als in der Gegenwart und in der Vergangenheit“ – davon ist Prof. Ulrich Reinhardt überzeugt: „Das war schon immer so, seit Adam und Eva.“ Der Zukunftsforscher, der an der Fachhochschule Westküste in Heide sowie in den USA tätig ist, hielt in diesem Jahr das Fachreferat beim Altenparlament zum Thema „Zukunft in Demokratie und Freiheit: Nur gemeinsam / füreinander!“ Der verbreiteten Zukunftsangst, die oft mit einer Verklärung der Vergangenheit einhergeht, hielt er eine deutliche Botschaft entgegen: „Früher war nichts besser.“



Prof. Ulrich Reinhardt hat in Hamburg Pädagogik und Psychologie studiert und anschließend an verschiedenen Universitäten gearbeitet. Seit 2014 lehrt er Empirische Zukunftsforschung am Fachbereich Wirtschaft der FH Westküste in Heide. Zudem ist er in den USA an der University of North Carolina in Wilmington aktiv. Seine Forschungsschwerpunkte sind Sozialer Wandel, Freizeitsoziologie, Konsum und Tourismuswissenschaft.

Um seinen Standpunkt zu untermauern, präsentierte Reinhardt den Altenparlamentariern eine Reihe von Statistiken. So sei die Lebenserwartung in Deutschland und auch weltweit heute erheblich höher als vor 30 oder 50 Jahren. Positive Zahlen gebe es auch bei Kindersterblichkeit, Mobilität oder der Gleichberechtigung der Geschlechter. 1990 hätten 47 Prozent der Weltbevölkerung in extremer Armut gelebt, aktuell seien es nur noch acht Prozent. Für Reinhardt ist es ausgemacht, dass sich die Kennziffern in den kommenden Jahrzehnten weiter verbessern werden: „Es wäre äußerst ungewöhnlich, wenn der positive Trend ausgerechnet bei dieser Generation abbrechen sollte.“

Dennoch sei die Alterung der Gesellschaft eine Herausforderung, betonte Reinhardt. Im Jahr 2035 werde Deutschland den bisherigen Spitzenreiter Japan ablösen und die älteste Bevölkerung der Welt haben. Acht Millionen Menschen im Lande werden dann mehr als 80 Jahre alt sein, die Hälfte davon werde auf Pflege angewiesen sein. Die Entwicklung stelle nicht nur mit Blick auf die Sozialsysteme und den verschärften Fachkräftemangel ein Problem dar. Es drohe auch eine Welle des Pessimismus, denn „die junge Generation hat deutlich weniger Angst als die ältere“. Auffällig: Beim persönlichen Angstgefühl gebe es große Unterschiede – nicht nur zwischen Alt und Jung, sondern

auch zwischen Ost und West, Arm und Reich sowie zwischen Menschen mit geringer und hoher formaler Bildung.

Eine Hauptsorge vieler Menschen betrifft die Bereiche Digitalisierung und Vereinigung. 78 Prozent befürchteten eine zunehmende Isolation durch Computer und Smartphone, 57 Prozent sprächen sich für WLAN-freie Zonen im öffentlichen Raum aus, zum Beispiel in Restaurants. Die Sorge, alleingelassen zu werden, sei durchaus begründet, merkte der Zukunftsforscher an, denn die Zahl der engen Freunde sinke: „Vor 30 Jahren konnte jeder Mensch fünf oder sechs Freunde nennen, die er nachts anrufen würde, um das liegengeliebene Auto abzuschleppen. Heute sind es nur noch zwei.“

„Nicht egoistisch sein – sondern die Nachbarn duzen!“

Das Gegenmittel: Nachbarschaft und Teilhabe. Es stärke das Wohlbefinden und das Sicherheitsgefühl, möglichst viele seiner Nachbarn persönlich zu kennen und zu duzen, so Reinhardt. Und: „88 Prozent der Menschen fordern weniger Egoismus in der Gesellschaft.“ Entsprechend rief er dazu auf, sich für das Gemeinwesen zu engagieren und „selbst Verantwortung zu übernehmen“, ein „Vorbild zu sein“ und die Welt aktiv mitzugestalten.

Problematisch sei eine andere Beobachtung: Das „Vertrauen der dritten Ebene“ gehe verloren. Zwar hätten die meisten Menschen nach wie vor ein großes Zutrauen zu Familie und Freunden und auch zu naheliegenden Institutionen, „etwa dem Zahnarzt“. Aber das Vertrauen in die Politik sei vielfach angeschlagen. Reinhardt hielt dem entgegen: „Wir jammern sehr schnell über vermeintlich große Kleinigkeiten.“ Denn schließlich „leben wir in einem der sichersten und sozialsten Länder der Welt.“

Trauer um Rolf Olderog



Mit einer Schweigeminute hat der Landtag zu Beginn der September-Tagung den verstorbenen langjährigen Abgeordneten Rolf Olderog gewürdigt. Der CDU-Politiker aus Oldenburg war am 31. August im Alter von 86 Jahren verstorben.

Der in Hamburg geborene promovierte Jurist wuchs auf Fehmarn auf und wurde „über Jahrzehnte hinweg zur prägenden politischen Persönlichkeit der CDU in Ostholstein“, wie Landtagspräsidentin Kristina Herbst hervorhob. Nach Tätigkeiten in der Kommunal- und Landesverwaltung zog Olderog, der auch Landesvorsitzender der Jungen Union war, 1970 in den Landtag ein. Im Kieler Parlament wirkte er als innen- und rechtspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion. 1980 wurde Olderog in den Bundestag gewählt, dem er bis 1998 angehörte. Dort bildete der für seinen Wahlkreis Ostholstein bedeutsame Bereich Tourismus einen Schwerpunkt seiner Arbeit. „Rolf Olderog war ein Vollblutpolitiker, der leidenschaftlich und im allerbesten parlamentarischen Sinne mit Fairness für seine Überzeugungen und eine wertebezogene Politik stritt“, so die Landtagspräsidentin. Olderog war Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Runde Geburtstage

Helmut Plüschau aus Wedel (Kreis Pinneberg), von 1996 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 1. September seinen 90. Geburtstag gefeiert.

Adelheid Brüchmann-Nikolay aus Bonn, von 1996 bis 1999 für die Grünen und anschließend bis 2000 fraktionslos im Landtag, hat am 13. August ihren 80. Geburtstag gefeiert.

Peter Jensen-Nissen aus Tolk (Kreis Schleswig-Flensburg), von 1987 bis 1988 sowie von 1992 bis 2005 für die CDU im Landtag, hat am 23. August seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Rainer Wiegard aus Bargtheide (Kreis Stormarn), von 2000 bis 2017 für die CDU im Landtag, Finanzminister von 2005 bis 2012, hat am 10. Juli seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Rolf Fischer aus Kiel, von 2000 bis 2012 für die SPD im Landtag und anschließend bis 2017 Wissenschaftsstaatssekretär, hat am 6. August seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Bernd Voß aus Itzehoe, von 2009 bis 2022 für die Grünen im Landtag, hat am 28. Juni seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

FC Landtag: Gute Stimmung trotz hoher Niederlage

Viel Spaß, viele Tore und viel Aufmerksamkeit für den guten Zweck: Der FC Landtag hat Ende September in Bordesholm um Unterstützung für die Mukoviszidose-Hilfe geworben. Das Benefizspiel gegen die mit Ex-Profis gespickte Nord-Ostsee-Auswahl endete vor rund 200 Zuschauern mit 3:15 Toren, aber das Ergebnis war an diesem Tag zweitrangig.



„Der Kick bei herrlichem Wetter hat große Freude gemacht“, bilanzierte der Mannschaftskapitän des FC Landtag, der Grünen-Abgeordnete Jan Kürschner: „Es war eine Ehre, gegen solche herausragenden Fußballer zu spielen.“ Der Auftritt beim „1. Knövi Sportpark Festival“ des TSV Bordesholm war das erste Spiel des FC Landtag nach einer mehrjährigen Pause. „Der Auftakt ist gelungen“, sagte der Grünen-Abgeordnete Malte Krüger, „der FCL ist wieder da!“ Auch die hohe Niederlage konnte die gute Stimmung nicht trüben. „Der Trainer wird bei uns nicht in Frage gestellt“, betonte der CDU-Parlamentarier Martin Balasus. Im FC Landtag spielen die schleswig-holsteinischen Abgeordneten seit 1971 zusammen Fußball. Das Team ist seitdem mehr als 200 Mal im ganzen Land aufgelaufen. Die Nord-Ostsee-Auswahl unterstützt seit vielen Jahren den Mukoviszidose e.V.

Die Spieler des FC Landtag (in Hellblau) und der Nord-Ostsee-Auswahl. Das Maskottchen ist die Biene „Knövi“, das Symbol der Bordesholmer Versorgungsbetriebe, des Sponsors des Volksfestes auf dem Gelände des TSV Bordesholm.

BÜCHER
ECKEDie Bibliothek
des Landtages
lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landtages herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.

Europa-Broschüre
erschienen

„Schleswig-Holstein für Europa – Europa für Schleswig-Holstein“ – unter diesem Titel informiert eine neue Broschüre über die vielfältigen Beziehungen des Landes zur EU. Kompakt auf 70 Seiten gibt es einen Überblick über die Brüsseler Fördertöpfe, von denen das Land profitiert, über die Arbeit des Europaausschusses und über die zahlreichen Institutionen, in denen Schleswig-Holstein mitarbeitet, vom Ausschuss der Regionen über die Ostseeparlamentarierkonferenz bis zum Nordischen Rat. Auch die Minderheitenpolitik zwischen Nord- und Ostsee wird dargestellt.

Die Broschüre kann kostenlos bestellt werden:
bestellungen@landtag.ltsh.de
Telefon: 0431 / 988-1639

Mehr zur Europapolitik auf den Seiten 5 bis 7

Impressum

Die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Pressestelle, Düsternbrooker Weg 70,
24105 Kiel

Frank Platthoff (V.i.S.d.P.)
Tel. 0431/988-1120,
frank.platthoff@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)
Tel. 0431/988-1125,
karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Niko Wasmund (stellv. Redakteur)
Tel. 0431/988-1358,
niko.wasmund@landtag.ltsh.de

Michael Neubauer (stellv. Redakteur)
Tel. 0431/988-1352,
michael.neubauer@landtag.ltsh.de

Fotos:

Sönke Ehlers, Regina Baltschun, Karsten Blos, Detlef Ziep, Anna Gellner, Niko Wasmund, Michael Neubauer, Jan Diedrichsen, Michael August, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, Kiel, dpa-Bildfunk, Michael Staudt/ grafikfoto.de, Tennet, Preussen Elektra, Societäts-Verlag, Transcript-Verlag, Gesellschaft für Rendsburger Stadt- und Kreisgeschichte, Dreamstime Digitalpress

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel,
Ringstraße 19, 24114 Kiel,
www.medienhaus-kiel.de

Gestaltung, Layout:

AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f.
Öffentlichkeitsarbeit, L1415,
Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon
0431/988-1639. Fax 0431/988-1119,
bestellungen@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend
hergestelltem, chlorfrei gebleichtem
Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
30. September 2024

Der Landtag im Internet:
www.sh-landtag.de



Swiniartzki, Marco: Heavy Metal und gesellschaftlicher Wandel. Sozialgeschichte einer Musikkultur in den langen 1980er Jahren. Bielefeld: transcript Verlag, 2023. – 657 Seiten, Standort: LTB SBM45/SWIN

Heavy Metal ist eine soziale Kraft, die viel über den zeitgeschichtlichen Wandel verraten kann. Ursprünglich ein Phänomen der Arbeiterklasse, eroberte die Musikkultur seit den 1970er-Jahren neue soziale Milieus, Regionen, Medien und Märkte – bis hin nach Wacken im ländlichen Schleswig-Holstein. Marco Swiniartzki, Metal-Fan und Historiker an der Uni Jena, nimmt diese Entwicklungen auf Grundlage eines breiten Quellenfundaments unter die Lupe. Zahlreiche Interviews geben Einblicke in die Sozialgeschichte des Heavy Metal.



Neugebauer, Günter: Rendsburg wird braun. Der Aufstieg des Nationalsozialismus in der Region Rendsburg und das Ende der Demokratie. – Osterröndfeld: Rendsburger Druck und Verlagshaus, 2024. – 290 Seiten

Illustrationen; Standort: LTB EMS/NEUG

Nach umfangreichen Recherchen zeigt Günter Neugebauer, 30 Jahre lang als SPD-Abgeordneter für den Wahlkreis Rendsburg im Landtag, erstmalig auf, wie sich der Nationalsozialismus in der Region innerhalb von nur drei Jahren von einer unbedeutenden Gruppe zu einer Mehrheitspartei entwickeln konnte. Er beschreibt die kontinuierliche Demontage der Demokratie durch Nationalsozialisten und Kommunisten. Das Buch ist eine Mahnung, aus der Geschichte zu lernen, damit die parlamentarische Demokratie erhalten bleibt.

Wagner, Hans-Ulrich: Im Dienst der Nachricht.

Die Geschichte der Deutschen Presse-Agentur.

Frankfurt: Societäts-Verlag, 2024. – 343 Seiten, Illustrationen

Seit 1949 nimmt die Deutsche Presseagentur (dpa) eine Schlüsselrolle im Nachrichtenmarkt ein. Basierend auf umfangreichen Recherchen stellt der Hamburger Medienforscher Hans-Ulrich Wagner den Wandel der dpa hin zu einem modernen, breit aufgestellten Konzern dar. Das Buch beleuchtet ein journalistisches Ethos, das sich der Unabhängigkeit und der Objektivität verschreibt. Wagners Fazit: In Zeiten von Informationsflut und Desinformation kommt der geprüften, faktenbasierten Nachricht eine immense Bedeutung zu.



Die Bücher können nicht beim Landtag erworben und nicht außer Haus ausgeliehen werden.



Birte Glißmann, CDU

geboren am 3. Dezember 1992
in Elmshorn, wohnt in
Seestermühle (Kreis Pinneberg),
Staatsanwältin,
Rechtsassessorin,
evangelisch, verheiratet

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Die ehemalige Bildungsministerin Dr. Wara Wende mit ihren Plänen für eine sogenannte Einheitsschule haben mich dazu bewegt, mich politisch zu engagieren. Dank eines Kontaktes habe ich dann schnell den Weg in die Junge Union gefunden.“

Was ist Ihr Lieblingsbuch – und warum?

„Blackout – Morgen ist es zu spät‘ von Marc Elsberg, weil es zugleich fesselt und mahnt. Gerade seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine denke ich häufiger an das Buch.“

Wen möchten Sie gerne persönlich kennenlernen?

„Ich hätte gerne meinen verstorbenen Großvater persönlich kennengelernt.“

Welche drei Gegenstände nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

„Eine Hängematte, meine Zahnbürste und ein großes Paket Milka & LU-Schokolade.“

Was bringt Sie auf die Palme?

„Bei Essgeräuschen bin ich sehr sensibel.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Die Ost-West-Verbindung muss im Land endlich besser werden, deswegen setzen wir uns mit aller Kraft für die baldige Realisierung der A20 ein.“

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Die Frage, warum meine Freundin in der 5. Klasse ein Busticket bekommen hat und ich nicht. Uns trennten 200 Meter.“

Was ist Ihr Lieblingsbuch – und warum?

„Ich habe aktuell zwei Bücher die ich gern mag, und zwar von Matt Haig, ‚Ich und die Menschen‘, und von Patrick Süskind, ‚Die Geschichte von Herrn Sommer‘. In dem Roman von Haig mag ich die Ermutigung, die Unvollkommenheit und Fehler der Menschen zu akzeptieren und gleichzeitig die kleinen, wunderbaren Dinge zu feiern, die das Leben so besonders machen. Bei Süskind mag ich die Rolle von Herrn Sommer, der rastlos wandert, und seine schweigende Präsenz – ich werde wahrscheinlich nie das Motiv von Herrn Sommer dahinter verstehen.“

Wen möchten Sie gerne persönlich kennenlernen?

„Aristoteles.“

Wiebke Zweig, CDU

geboren am 7. Februar 1982
in Lübeck,
wohnt in Bad Schwartau,
M.A. Politische Wissenschaften,
verheiratet, zwei Kinder



Welche drei Gegenstände nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

„Musik, Multitool und Gelassenheit ...“

Was bringt Sie auf die Palme?

„Das geht nicht so schnell. Aber wenn jemand nicht die Wahrheit sagt – dann besteht die Möglichkeit.“

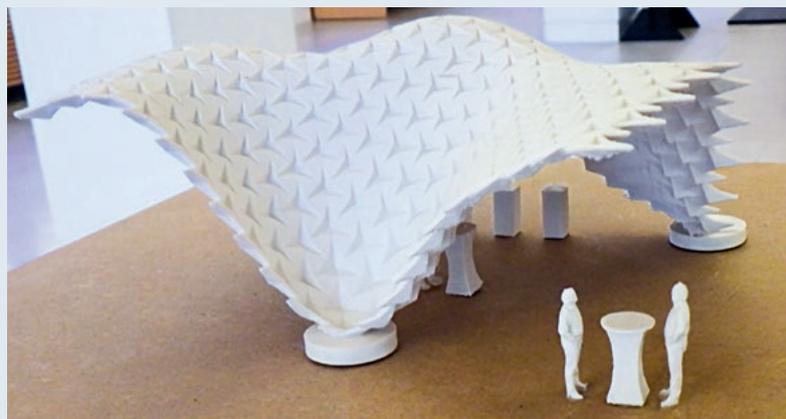
Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, insbesondere in ländlichen Regionen.“

Zu Besuch im Landtag



Zum zehnten Jubiläum der „Modellschulen Niederdeutsch“ haben Landtag, Landesregierung und Heimatbund Anfang Juli eine Erfolgsbilanz gezogen: 2014 gab es 27 Platt-Schulen im Lande, inzwischen sind es 51. V. li.: Bildungsministerin Karin Prien, Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer, Karen Nehlsen (Bildungsministerium), Minderheitenbeauftragter Johannes Callsen, Marianne Ehlers (Bundesrat für Niederdeutsch), Klaus Jensen (Beirat Niederdeutsch), Volker Holm (Heimatbund).



Die Zukunft des Bauens ist digital – davon ist die Fachgruppe „coDE“ für computerisierte Methoden in Design und Engineering an der Fachhochschule Lübeck überzeugt. In einer Ausstellung präsentierten die Architekten und Ingenieure von Juni bis September Modellentwürfe für Gebäude, die komplett im Computer entstanden sind, von der Idee bis zum 3D-Druck.



Torsten Geerds, ehemaliger Landtagspräsident und inzwischen Präsident des DRK-Landesverbandes, war einer von 130 Spendern, die Mitte September zur alljährlichen Blutspende-Aktion ins Landeshaus kamen: ein neuer Rekord. Geerds und seine Amtsnachfolgerin Kristina Herbst (li.) freuten sich über insgesamt 1.300 Blutkonserven, die seit 2005 im Landtag gespendet wurden.

Gewerkschafter Musa Sahin servierte Ende September im „DGB-Frittenmobil“ Pommes Frites vor dem Landtag. Mit der Snack-Aktion untermauerten die Gewerkschaften ihre Forderung nach einer stärkeren Tarifbindung.



© dpa/Axel Heimken



Wie in jedem Jahr schmückt auch in diesem Herbst die Erntekrone die Eingangshalle des Landeshauses. Das Schmuckstück wird abwechselnd von den Kreisverbänden der Landjugend gebunden, diesmal kam die Krone aus Nordfriesland. Landtagspräsidentin Kristina Herbst bedankte sich Ende September im Beisein zahlreicher Abgeordneter bei den Jugendlichen.



Termine, Termine, Termine ...



Landtagsmobil auf Tour

Der Landtag geht auf Reisen: Das Landtagsmobil, ein 1973 gebauter und restaurierter Airstream-Wohnwagen, rollt durch Schleswig-Holstein. An Bord sind Informationsmaterialien und Mitmachaktionen, dazu laden Abgeordnete und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung unter dem Motto „#KlappeAuf!“ zum Gespräch.

Die nächsten Termine:

Sonnabend, 5. Oktober: Wochenmarkt Preetz, Marktplatz

Sonnabend, 19. und Sonntag, 20. Oktober: Husumer Krabbentage, Schiffbrücke

Sonnabend, 9. November: Lauenburg, Tag und Nacht für Demokratie, Fürstengarten 29

Braucht Deutschland ein Gesellschaftsjahr? Experten diskutieren

In den vergangenen Monaten hat die öffentliche Debatte über eine allgemeine Dienstpflicht an Fahrt aufgenommen. Hintergrund sind die wachsende Bedrohung von außen, der Personalmangel im Pflegebereich, die steigenden Herausforderungen für Rettungs- und Hilfsorganisationen und eine vielerorts rückläufige Beteiligung im Ehrenamt. Unter dem Motto „Engagement für Deutschland – brauchen wir ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr?“ hat Landtagspräsidentin Kristina Herbst namhafte Fachleute zu einer Podiumsdiskussion ins Landeshaus geladen. Die Landtagspräsidentin wird mit dem Inspekteur der Deutschen Marine, Vizeadmiral Jan Christian Kaack, dem Münchener Politikwissenschaftler Prof. Carlo Masala, der ehemaligen SPD-Landtagsabgeordneten Anette Langner, Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände, dem Vizepräsidenten der Unternehmensverbände Nord, Reinhold von Eben-Worlée und dem Kieler Rechtswissenschaftler Prof. Sebastian Graf von Kielmannsegg diskutieren. Moderator ist der NDR-Journalist Christopher Scheffelmeier.

Die Veranstaltung beginnt am Donnerstag, den 17. Oktober, um 18:30 Uhr. Der Eintritt ist frei. Ein barrierefreier Zugang ist gewährleistet, bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Eine Anmeldung ist erforderlich unter https://event_landtag.schleswig-holstein.de/



Sprechtage der Bürgerbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, plant auch im Herbst Außensprechtage, um Bürger vor Ort zu beraten. Geplant sind folgende Termine:

Donnerstag, 10. Oktober: Lübeck

Dienstag, 15. Oktober: Heide

Donnerstag, 7. November: Lübeck

Dienstag, 19. November: Heide

Donnerstag, 5. Dezember: Lübeck

Dienstag, 17. Dezember: Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 15:00 Uhr.

Termine in **Heide** in der Kreisverwaltung, Stettiner Str. 30, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Hinzu kommen die „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr. Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich.

Telefon: 0431/988-1240.

Weitere Termine sind nach Vereinbarung möglich.

Aktuelles unter www.sh-landtag.de, Rubrik „Beauftragte“